

# paternoster

Die Zeitschrift der Emmaus-Ölberg-Gemeinde

[www.emmaus.de](http://www.emmaus.de)

19. Jahrgang Nr. 1, 2015

## Ohne Moos nix los



## Drei häufige Vorurteile zu Kirche und Geld:

„Dass Kirche und Staat getrennt sind, stimmt in Wirklichkeit gar nicht: Der Staat zieht doch für die Kirchen die Steuer ein!“

Doch, in Deutschland sind Kirche und Staat getrennt - seit 1919 ist das festgeschrieben. Vorher wurde die Kirche als eine öffentliche Angelegenheit betrachtet und erheblich durch staatliche Gelder finanziert. Gerade weil sich das ändern sollte, gibt es die Kirchensteuer als Beitrag, den die Mitglieder aufbringen. Dass der Staat diesen Beitrag über seine Finanzämter einzieht, erspart den Kirchen erheblichen bürokratischen Aufwand. Für diese Dienstleistung müssen die Kirchen den Staat allerdings bezahlen – mit rund drei Prozent des Kirchensteueraufkommens (z.B. im Jahr 2013 mit 160 Mio. Euro). Der Einzug durch die Finanzämter ist überdies kein Privileg der Kirchen: Auch anderen Religionsgemeinschaften, die Körperschaften des öffentlichen Rechts sind, steht diese Möglichkeit offen.

### Übrigens:

Die Kirchensteuer ist sozial gerecht, weil sie sich an der finanziellen Leistungsfähigkeit der Mitglieder orientiert. Mit durchschnittlich ein bis zwei Prozent des Bruttoeinkommens ist der heutige Beitrag für die Kirche weit vom biblischen „Zehnten“ entfernt.

„Kirchliche Krankenhäuser, Schulen und Kindergärten werden fast ausschließlich vom Staat finanziert, mit vielen Milliarden Euro. Wozu dieses Privileg?“

Es gibt keine Privilegien für die evangelische Kirche und ihre Diakonie: Sie sind ein freier Anbieter unter vielen in unserem Land. Denn der Staat will, muss und kann nicht alles allein machen: Es ist in Deutschland absolut üblich, dass Sozial- und Bildungseinrichtungen von freien Trägern betrieben werden. Aufgrund der Erfahrungen mit Gleichschaltung und totalitärem Staat ist dies vom Grundgesetz sogar ausdrücklich gewollt. Auch die evangelischen Einrichtungen werden von der Gemeinschaft zum großen Teil refinanziert, weil sie der gesamten Gesellschaft dienen. Zum Beispiel geht jedes sechste Kind in Deutschland in einen evangelischen Kindergarten. Rund zwölf Prozent der laufenden Kosten werden aus kirchlichen Eigenmitteln finanziert.

### Übrigens:

Der Staat spart natürlich, wenn nicht er selbst, sondern ein freier Träger Bildungs- und Sozialeinrichtungen betreibt.

„Der Staat schenkt den Kirchen hunderte Millionen Euro im Jahr, weil sie vor über zwei Jahrhunderten enteignet wurden. Die Kirchen kriegen einfach den Hals nicht voll!“

Die Kirchen haben im Zuge der Säkularisierung tatsächlich viele Ländereien und Vermögenswerte verloren, aus deren Erträgen sie sich zuvor finanzieren konnten. Für die seither fehlenden Gelder entschädigt sie der Staat. Das ist kein Geschenk, sondern durch Verträge zwischen Staat und Kirche so vereinbart. Auch wenn die Gründe dafür so lange zurückliegen, sind die Staatsleistungen rechtlich nicht hinfällig. Sollte der Staat dem Auftrag des Grundgesetzes folgen wollen, diese Leistungen abzulösen, würde die Evangelische Kirche das begrüßen. Dann müsste allerdings, wie im Grundgesetz vorgesehen, eine angemessene Abschlusszahlung vereinbart werden.

### Übrigens:

Bei jährlichen Einnahmen der evangelischen Kirche von rund 10 Mrd. Euro machen die Staatsleistungen mit 260 Mio. Euro ganze 2,6 Prozent aus.

In der Evangelischen Kirche Berlin-Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz beträgt der Kirchensteuersatz neun Prozent der Lohn- oder Einkommensteuer.

90%

<b>Seite 2</b>	
Vorurteile zu Kirche und Geld	2
<b>Editorial</b>	3
<b>Christine Loy</b>	
Es geht nicht nur um's Geld	4
<b>Siegesmund v. Ilseemann</b>	
Nein, ich will nicht	11
<b>Johannes Moes</b>	
Ja, ich will	12
<b>Luzius Jordi</b>	
Noch immer Staatskirche	14
<b>Das sagen unsere Konfis</b>	
Meinungen zu Kirche und Geld	16
<b>Johannes von Ahlefeldt</b>	
Es geht um Ihr Geld	18
<b>Karl-Heinz Baum/Jörg Machel</b>	
20 Jahre Stillstand	20
<b>Markus Kachel</b>	
Ein Haushalt, doppelt zahlen	22
<b>Anja Neu-Illg</b>	
Basisnah und unabhängig	24
<b>Veline Backofen</b>	
Staatskirchenmodell in der Krise	27
<b>Jörg Machel</b>	
Exerzitien	28
<b>Jörg Machel</b>	
Schwarzgeld gegen die Angst	29
<b>Bischof Dr. Markus Dröge</b>	
Der Staat und die Kirchensteuer	30
Das Letzte / Impressum	31

## Aktuelle Termine

sind nicht hier abgedruckt, sondern im „Emmaus-Ölberg-Kalender“, der monatlich erscheint. Sie erhalten ihn in der Gemeinde oder über das Internet.



Liebe Leserin, lieber Leser,

fünfhundert Euro Kirchensteuer im Jahr, das ist ein überschaubarer Betrag, aber es sind keine Peanuts. Wie sähe ich diese Summe, wenn ich nicht Pfarrer wäre, sondern Bauingenieur und müsste außerdem noch den Kredit für die Wohnung bedienen und das Studium der Tochter finanzieren und fände, dass unser familiäres Engagement für Entwicklungsarbeit in Bangladesch durchaus noch eine Aufstockung verträge?

In Bangladesch unterstützen wir mehrere Entwicklungsprojekte, einige dieser Projekte kenne ich sogar aus eigener Anschauung, viele Mitarbeiter sind mir persönlich bekannt. Das ist ein gutes Gefühl, so dicht dran zu sein und zu wissen, dass das Geld in die richtigen Hände kommt.

Bei der Kirchensteuer ist das nicht so leicht nachvollziehbar. Zunächst geht alles in einen großen Topf, dann wird es verteilt. Erst am Ende fließt ein Großteil in die Gemeinden vor Ort, kommt dort an, wo man den Kirchturm sieht und den Pfarrer kennt.

Um Transparenz zu schaffen, haben wir diesen paternoster gemacht. Wir zeigen, wofür wir das Geld der Kirche ausgeben und wie es gesammelt wird. Wir lassen Menschen zu Wort kommen, die das System gut finden und geben kritischen Stimmen Raum.

Auch ein paar Alternativentwürfe stellen wir vor. Ja, darum geht es uns mit dieser Ausgabe, wir wollen mit Ihnen darüber ins Gespräch kommen, wie unsere Arbeit langfristig gesichert werden kann. OHNE MOOS NIX LOS, das gilt für Museen, Spielplätze, Theater, den Kinderbauernhof, das gilt auch für die Kirche.

Noch funktioniert das Kirchensteuersystem in Deutschland, aber es schwindet die Akzeptanz innerhalb und ausserhalb der Kirche. Was wollen Sie? Wir hoffen auf Leserbriefe für die nächste Nummer des paternoster.

Mit besten Wünschen Pfarrer Jörg Machel

# nicht nur Es geht um's Geld

## Wie finanzieren sich andere Religionsgemeinschaften?

Christine Loy / Kirchensteuer? Das klingt nach trockener Finanzbürokratie. Doch die Frage nach der Finanzierung der Kirche wirft viele weitere Fragen auf, die unmittelbar das Gemeindeleben betreffen und das Thema lebendig machen. Denn die Frage ist ja nicht nur, wie Beiträge erhoben werden, sondern auch, wofür die Kirche das Geld eigentlich braucht. Da fallen mir drei große Bereiche ein: Personal – Räumlichkeiten – Engagement für die Gesellschaft.

Ich möchte in diesem Artikel über den Tellerrand schauen und erklären, wie andere Religionsgemeinschaften sich finanzieren.

### DIE ŞEHITLIK-MOSCHEE

In der Şehitlik-Moschee habe ich mit Herrn Ender Çetin gesprochen, dem Vorstandsvorsitzenden dieser Moschee-Gemeinde. Diese islamische Gemeinde ist seit 1984 ein eingetragener Verein und Mitglied des Dachverbandes DITIB, der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion, die wiederum der Religionsbehörde des türkischen Staates untersteht.

### Imam-Ausbildung

Über die DITIB werden Imame aus der Türkei in die

deutschen Gemeinden gesandt. Sie werden als Staatsbeamte vom türkischen Staat bezahlt und bleiben jeweils für vier Jahre in den Gemeinden. Die Imame seien ein wesentliches Merkmal der DITIB-Gemeinden, erklärte mir Herr Çetin. In anderen Moscheen sei der Imam teilweise nur ein „Vorbeter“, der keine besondere Qualifikation hätte. Die aus der Türkei entsandten Imame hätten jedoch alle ein vierjähriges Theologiestudium und zusätzlich eine zweijährige Imamausbildung absolviert. An diesem System wird in der deutschen Öffentlichkeit kritisiert, dass Imame aus tür-

kischen Dörfern kaum geeignete spirituelle Orientierung für muslimische Jugendliche in deutschen Großstädten geben können. Dies war in der Tat so, sagte mir Herr Çetin. Doch die Türkei hätte 2006 ihr Ausbildungssystem grundlegend geändert. Nur noch hochqualifizierte Imame würden nach Deutschland geschickt, die zudem vorher Deutschkurse und Vorbereitungsworkshops in Deutschland besucht haben müssen. Die Imame seien meist jung, hochmotiviert und hätten moderne Ansichten. Den jungen Gemeindemitgliedern gefalle dies, doch bei den eher traditionell orientierten älteren Menschen löse dies auch Befremden aus. Die Sprache bleibe ein Problem. Während ältere Gemeindemitglieder natürlich türkisch sprachen, sei dies bei jüngeren Gemeindemitgliedern nicht unbedingt der Fall. Auch kämen immer mehr Muslime in die Moschee, die keinen türkischen Hintergrund hätten, sondern aus anderen Ländern stammten. Die Gemeinde werde an sich also internationaler. Da die Imame Deutsch jedoch nur als Fremdsprache beherrschten und sich in ihrer Muttersprache besser ausdrücken könnten, würde in der Regel doch Türkisch gesprochen.



Şehitlik-Moschee in Neukölln



Inzwischen wurden an deutschen Universitäten vier Lehrstühle für islamische Theologie eingerichtet. Die AbsolventInnen können mit ihrem Studium islamische Religion an Schulen unterrichten. Eine Anstellung als Imam in einer DITIB-Gemeinde sei jedoch nicht möglich, erklärte mir Ender Çetin. Zum einen wegen der fehlenden Imam-Ausbildung. Zum anderen aber ganz klar aus finanziellen Gründen: Die Gemeinden müssten diese Imame selbst bezahlen, während bisher die Imame als türkische Staatsbeamte von der Türkei bezahlt würden.

#### **Programm / Lehre**

Das wöchentliche Angebot der Moschee beschreibt Herr Çetin wie folgt: Der Imam leite fünfmal am Tag das Gebet und halte die etwa einstündige Freitagspredigt. Am Wochenende lehre er den Islam für die Gemeinde. Dreimal in der Woche biete er zu festen Terminen seelsorgerische Gespräche an, die allerdings auch zu anderen Zeiten möglich seien. Im Verbund mit anderen Imamen sei er an der Gefängnisseelsorge beteiligt. Kranke Gemeindemitglieder würden in der Regel in Kleingruppen – auch mit dem Imam – zu Hause besucht. Mittwochs werde Islamunterricht auf Deutsch für deutschsprachige Muslime und interessierte Nicht-Muslime angeboten

#### **Personal**

Der Imam sei die einzig reguläre Vollzeitkraft in der Gemeinde. Es gebe einige wenige Beschäftigte, die über die Arbeitsagentur gefördert würden. Eine Honorarkraft mache z. B. Büroarbeit. Auch in der Kantine arbeiteten zwei Honorarkräfte. Ender Çetin selbst ist im Landesverband der DITIB in Vollzeit für die Öffentlichkeitsarbeit angestellt. Er habe so die Möglichkeit, sich auch vor Ort in der Moschee über seine bezahlte Stelle einzubringen. Die Vorstandsarbeit sei jedoch ehrenamtlich.

#### **Finanzen und Mitgliedschaft**

Wie mir Ender Çetin erklärte, habe die Gemeinde ca. 300 (volljährige) Mitglieder, zu den Gebeten kämen jedoch etwa 1000 Personen. Der Mitgliedsbeitrag betrage mindestens 5 Euro im Monat und sei nach oben unbegrenzt. Die (sehr wenigen) hohen Beiträge betrügen etwa 100 Euro. Sie stammten von Geschäftsleuten, die sich freuten, wenn die Moschee ihre Einkäufe vorzugsweise bei ihnen tätige. Eine negative Beeinflussung sieht Ender Çetin hier nicht. Es handele sich eher um eine Beziehung, die für beide Seiten Vorteile habe. Doch nicht alle Mitglieder zahlten ihre Beiträge. Daher machten die Mitgliedsbeiträge nur etwa 30 % der Einnahmen aus. Die größte Einnahmequelle sei die Freitagskollekte. Je-

den zweiten Freitag werde eine Spendendose herumgereicht. Die Einnahmen gingen an die eigene Gemeinde. Manchmal würde aber auch für eine andere Gemeinde gesammelt. Einige Menschen empfänden die Sammlung als aufdringlich und meinten, dass es reichen würde, wenn am Ausgang jemand mit der Spendendose stehe. Doch die Erfahrung zeige, dass eine herumgereichte Kollekte wirkungsvoller sei. Es würden so ungefähr 5000 Euro an normalen Freitagen gesammelt. An Feiertagen, wenn etwa drei- bis viertausend Besucher zum Gebet kämen, lohne sich die Kollekte besonders. Eine weitere Einnahmequelle sei die Kantine, sie ist ein Café, das insbesondere bei Feierlichkeiten wie Eheschließungen, Geburtsfeiern, Beschneidungen oder Trauerfeiern einen Catering-Service anbiete. Für diese Feierlichkeiten würden auch Räume der Moschee vermietet.

#### **Räumlichkeiten**

Die Geschichte der Şehitlik-Moschee beginnt im 18. Jahrhundert mit einem islamischen Friedhof, auf dem später auch eine Moschee gebaut wurde. Die alte Moschee musste aus Kapazitätsgründen umgebaut werden. Die neue Moschee hat 3,2 Mio. Euro gekostet. Die Summe sei über die Jahre durch Spenden gesammelt worden. Innerhalb der DITIB-Gemeinden hätten zusätzliche Sammlungen in

Hannover und Stuttgart 30.000 Euro erbracht. Es sei aber auch unter Muslimen in ganz Berlin gesammelt worden. Die Spendenbereitschaft sei in der Regel gut. Zum einen gebe es viele Muslime, die zwar nicht in die Moschee gingen, aber trotzdem gerne etwas für einen Moscheebau gäben. Zum anderen empfehle eine Sure im Koran, für den Bau von Moscheen zu spenden. Im Februar dieses Jahres sei das neue Kulturzentrum mit einer historischen Ausstellung zu Muslimen in Brandenburg-Preußen eröffnet worden. Im Erdgeschoss gebe es einen Raum, wo in Zusammenarbeit mit Berliner Museen Ausstellungen gezeigt werden sollten. Die oberen Räume sollten für Veranstaltungen genutzt, aber auch vermietet werden. Dieses Zentrum habe 1 Mio. Euro gekostet. 70.000 Euro hätte das Quartiersmanagement beigesteuert, da das Zentrum auch interreligiöse Begegnungsarbeit fördern sollte. Die Şehitlik-Moschee engagiere sich in der interreligiösen Initiative „Treffpunkt Religion und Gesellschaft“. Von der Organisation TIKA in der Türkei habe es einen Zuschuss von 250.000 Euro gegeben. Diese Organisation fördere den Erhalt osmanischer Kultur.

### Moscheeführungen

Die Moschee ist ein Besuchermagnet. Jeden Tag werden Moscheeführungen angeboten, bis Mitte des Jahres sind schon Termine vergeben. Doch während es im Jahre 2013 über den Aktionsplan Neukölln ein kleines Honorar für die Führungen gab, werden seit 2014 die Führungen ehrenamtlich angeboten. Daher musste die Anzahl der Moscheeführungen auf zwei pro Tag begrenzt werden. Für die Führungen darf jedoch gespendet werden. Die Meinungen, wofür diese Spenden verwendet werden sollen, gingen auseinander, so Ender Çetin: Insbesondere ältere Gemeindeglieder fänden ehrenamtliches Engagement „für Gott“ selbstverständlich und meinten, die Spenden sollten für die Moschee, z. B. die Stromrechnung verwendet werden. Gerade jüngere Gemeindeglieder – die Füh-

rungen werden oft von Studierenden durchgeführt – seien der Meinung, dass das Geld besser in Menschen investiert würde und ein Honorar für diejenigen, die die Führungen anbieten, eine Wertschätzung ihrer Arbeit darstelle.

### Moschee - Staat - Gesellschaft

Ender Çetin wünscht sich mehr institutionelle Förderung der Gemeinde. Die Moschee brauche dringend professionell ausgebildete Kräfte, um gesellschaftliche Aufgaben zu übernehmen. Im Bereich der Sozialarbeit und der psychologischen Beratung gebe es einen großen Bedarf, den auch der Imam weder von seiner zeitlichen Kapazität noch von seiner Ausbildung her abdecken könne. Das ehrenamtliche Moschee-Team könne dies schon gar nicht leisten. Zum Beispiel sei gerade ein Projekt zur Deradikalisierung von Jugendlichen gestartet. Herr Çetin würde auch gerne Projekte zum Thema Umweltschutz initiieren oder das Thema körperliche Behinderungen aufgreifen. Hierfür brauche es jedoch qualifiziertes und hauptamtliches Personal.

Aus diesem Grund hält Herr Çetin einen Staatsvertrag zwischen der DI-TIB und dem Land Berlin für wünschenswert und ist auch optimistisch, dass es langfristig zu einem Vertrag kommen wird.

### DAS BUDDHISTISCHE TOR

Im Buddhistischen Tor hat mir Sraddhabandhu Auskunft gegeben. Er ist Ordensmitglied von Triratna, dem buddhistischen Orden, der dieses Zentrum leitet.

### Ein westlicher buddhistischer Orden und seine Struktur

Der buddhistische Orden Triratna wurde 1967 als „Freunde des Westlichen Buddhistischen Ordens“ (FWBO) in England gegründet. Der „Stammsitz“ des Ordens ist nach wie vor England, auch wenn es in Deutschland mehrere Zentren gibt. Der Orden Triratna versteht sich als westlicher Orden, weil er versucht, die Essenz der buddhistischen Lehre

von für die Lehre unnötigen kulturellen Einflüssen zu trennen. Die buddhistische Lehre in asiatischen Ländern sei z. B. teilweise an Geschlechterrollen orientiert, die im Triratna-Orden als kulturell bedingte Vorstellungen angesehen würden, die mit der eigentlichen buddhistischen Lehre nicht vereinbar seien, so Sraddhabandhu. Auch sei die buddhistische Lehre z. B. in Tibet stark nach einem „Guru-Prinzip“ strukturiert, in dem der buddhistische Lehrer das spirituelle Leben seiner Schüler autoritär bestimme. Dies sei im Triratna-Orden nicht der Fall.

Der Eigentümer des Buddhistischen Tors sei formal ein eingetragener Verein. Er setze sich aus den Ordensmitgliedern zusammen, die das Buddhistische Tor leiten. Um zur Gemeinschaft der im „Tor“ praktizierenden Buddhisten zu gehören, müsse man kein Vereinsmitglied sein, es würden auch keine Mitgliedsgebühren erhoben. Ein Prinzip des Ordens sei es, nicht auf Machthierarchien, sondern auf spirituelle Hierarchien zu bauen, erklärte mir Sraddhabandhu. Aus diesem Grund würden formale Strukturen abgelehnt, die eine Anspruchshaltung begründe. Die Ordensmitglieder leiteten gemeinsam das Zentrum, letzte Entscheidungsinstanz sei der Vorsitzende. Zurzeit gebe es zwölf Ordensmitglieder, doch nicht alle seien im „Tor“ aktiv. Eine Ordination erfolge nach einer mehrjährigen Vorbereitungszeit, in der die buddhistische Lehre studiert und in der Alltagspraxis geübt wird. Über eine Ordination entscheide der Orden vor Ort zusammen mit den in England lebenden öffentlichen Präzeptoren. Ein Recht auf Ordination bestehe nicht. Die Grundlage für eine Aufnahme in den Orden bilde eine überzeugende buddhistische Lebensführung. Ordensmitglieder seien Menschen, welche die buddhistische Lehre in den Mittelpunkt ihres Lebens stellten. Sie seien jedoch keine Mönche oder Nonnen, die abgeschieden von der Welt lebten. Einige Ordensmitglieder könnten in Vollzeit im Zentrum arbeiten, andere arbeiteten in ihren Beru-

fen und brächten sich ehrenamtlich im Zentrum ein, erklärte mir Sraddhabandhu.

### Personal

Ein weiteres grundlegendes Prinzip des Ordens, so Sraddhabandhu, sei: „Gib, was du kannst, und nimm, was du brauchst“. Jeder Mensch solle sich so einbringen, wie dies möglich sei. Sei es finanziell, sei es durch ehrenamtliches Engagement. Selbstlosigkeit sei ein hoher buddhistischer Wert. Dies sei gerade in finanzieller Hinsicht bedeutsam. Es gebe nur drei Personen, die „hauptamtlich“ auf der Basis einer geringfügigen Beschäftigung im Zentrum arbeiteten und die Büroarbeit erledigen bzw. das Zentrum leiten würden. Diese Stellen würden teilweise aus dem allgemeinen Spendenaufkommen und aus individuellen Zuwendungen finanziert.

Jedes Ordensmitglied sei für einen Aufgabenbereich zuständig und kümmere sich um die Helfer-Teams, mit denen zusammen es die Aufgaben bearbeite. Zurzeit arbeiteten neben den Ordensmitgliedern etwa 15 Personen als „Helfer“ im Zentrum mit. Die Ehrenamtlichen – seien es Ordensmitglieder oder Helfer – erledigten den Löwenanteil der Arbeit. Sie kümmerten sich um die Bibliothek, putzten, kauften ein, organisierten Veranstaltungen, kümmerten sich ums Marketing oder erledigten Hausmeisterar-



Buddhastatue

beiten. Niemand sei sich zu fein, auch bei einfachen Arbeiten mit anzupacken.

### Programm / Lehre

Als Wochenprogramm werden werktags am Morgen eine (nicht angeleitete) Meditation und mittags eine bei Bedarf angeleitete Meditation angeboten. Dreimal in der Woche gibt es regelmäßige Abendveranstaltungen. An einigen Wochenenden besteht die Möglichkeit, an einem „Retreat“ im Berliner Umland teilzunehmen, also ein Wochenende in einem buddhistischen Seminarhaus zu verbringen, in dem die buddhistische Lehre vertieft und meditiert werden kann. Die bud-

dhistische Lebensweise werde von den Ordensmitgliedern ehrenamtlich gelehrt. Sie werde in aufeinander aufbauenden Kursen vermittelt.

### Finanzen und Mitgliedschaft

Nur die Personen, welche die Finanzen vor Ort verwalteten, hätten eine Übersicht über die Höhe der finanziellen Beiträge und Spenden. Da es keine Mitgliedschaft in der Gemeinschaft gebe, gebe es auch keine Zahlen zu den Mitgliedern. Insgesamt umfasse die Adressdatenbank des Zentrums ungefähr 1000 Interessierte, meinte Sraddhabandhu. In ihr seien natürlich auch Personen enthalten, die nur einmal an einem Kurs teilgenommen hätten. Z. B. seien an den Dienstagabenden 2014 im Durchschnitt 46 Teilnehmer zu den verschiedenen Kursen gekommen.

Das Zentrum selbst finanziere sich aus folgenden Quellen: Spenden, Kursbeiträgen und Vermietungen im Verhältnis von ungefähr 60%, 30% und 10%. Die Räumlichkeiten umfassten 4 Schreinräume, ein Büro, eine Bibliothek und eine Küche. Zwei der vier Schreinräume würden auch vermietet.

„Für offene Veranstaltungen und Vorträge werden Spenden erbeten, meist wird eine Spendenhöhe empfohlen. Für die Kurse zur buddhistischen Lehre gibt es feste Beiträge mit der Möglichkeit, eine Ermäßigung zu



erhalten.“ Es sei dem Zentrum wichtig, allen die Teilnahme an den Kursen zu ermöglichen, unabhängig von ihren finanziellen Mitteln, betonte Sraddhabandhu. Seit etwa einem halben Jahr werde explizit auf die Möglichkeit hingewiesen, Förderbeiträge zu zahlen, um wiederum weniger zahlungskräftigen Teilnehmenden ermäßigte Beiträge zu ermöglichen. Dies sei (noch) nicht sehr erfolgreich. „Natürlich gibt es auch Diskussionen darüber, dass bei jeder Veranstaltung um Spenden gebeten wird,“ meint Sraddhabandhu. Doch grundsätzlich sei allen bewusst, dass das Zentrum sich finanzieren muss.

#### **Räumlichkeiten**

Die Räumlichkeiten des Buddhistischen Tors auf dem Gelände des alten Urban-Krankenhauses wurden 2009 gekauft, das Zentrum im Januar 2013 eröffnet. Hierfür gab es eine größere Spende von einem buddhistischen Betrieb in England auf Anraten des Ordensgründers. Der Rest wurde über kleinere Spenden, Bank- und Privatkredite finanziert. Doch die Räumlichkeiten seien noch nicht abbezahlt, erklärte mir Sraddhabandhu.

#### **DIE BAHAI GEMEINDE FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG**

Herr Alexander Blom hat mir die Baha'i Gemeinde erklärt. Er ist Vorsitzender des Geistigen Rates der Baha'i Gemeinde Friedrichshain-Kreuzberg.

Die Baha'i Religion geht auf den

Religionsstifter Bahá'ullah (1817-1892) zurück, der in Persien (Iran) geboren wurde. Die Baha'i glauben, dass Gott sich zu unterschiedlichen Zeiten an unterschiedlichen Orten immer wieder neu offenbare und alle Religionen daher eins seien. Alle Religionsstifter verkündeten die gleichen ewigen Grundwahrheiten, nur dass jede neue Offenbarung auf die Umstände und Bedürfnisse einer neuen Zeit eingingen. Die Baha'i Religion sieht sich somit als neue und aktuelle Offenbarung im Anschluss an z.B. den Buddhismus, das Christentum oder den Islam. In Deutschland gibt es ungefähr 6.000 Baha'i.

#### **Gemeindestruktur**

Die Gemeinden in Berlin seien nach den städtischen Bezirken unterteilt, so Alexander Blom. Es gebe in Berlin neun Baha'i Gemeinden und insgesamt etwa 200 Mitglieder. Die Gemeinde Friedrichshain-Kreuzberg habe ungefähr 25 Mitglieder. Gemeinden, die ausreichend groß sind, wählen einen neunköpfigen Geistigen Rat in geheimer Wahl. Der ehrenamtliche Geistige Rat auf Gemeindeebene ist für ein Jahr im Amt und hat die Aufgabe, das Gemeindeleben zu organisieren, zu verwalten und als Ratgeber in geistlichen Fragen zu wirken. Auf bundesweiter Ebene gibt es den Nationalen Geistigen Rat, der in beratender Funktion den Gemeinden zur Verfügung steht. Das internationale

Zentrum der Baha'i ist das Universale Haus der Gerechtigkeit mit Sitz in Haifa.

#### **Programm / Lehre**

Die Gemeindeglieder treffen sich regelmäßig zu Andachten, Meditationen und Festen, aber auch, um gemeinsam über die Baha'i-Lehre und ihre Bedeutung für die eigene und gesellschaftliche Entwicklung zu sprechen.

Der Religionsstifter Bahá'ullah hat vor seinem Tode seinen Sohn Abdú'l-Baha als testamentarisches Gemeindeoberhaupt eingesetzt, der die Autorität hatte, die Heiligen Schriften, d. h. die Offenbarungen Bahá'ullahs verbindlich auszulegen. Ihm folgte Abdú'l-Bahas Enkel Shoghi Efendi. Seit 1963 leitet das Universale Haus der Gerechtigkeit die Angelegenheiten der Baha'i-Weltgemeinde. Es handelt sich dabei um ein Gremium, welches ebenfalls aus neun gewählten Mitgliedern besteht und von den Mitgliedern aller Nationalen Geistigen Räte gewählt wird. Dieses Gremium ist jedoch nicht autorisiert, die Heiligen Schriften auszulegen, da dies das ausschließliche Vorrecht des direkt eingesetzten Gemeindeoberhauptes war.

Bei den Baha'i gibt es keinen Klerus. Die Prinzipien der Lehre Bahá'ullah seien klar formuliert, so Alexander Blom. Es liege in der Verantwortung jedes Einzelnen, sich mit der Lehre zu beschäftigen. Wie mir Herr



Blom erklärte, gehe es im Rahmen des geistlichen Gemeindelebens darum, die Bedeutung der Baha'i-Lehre für das eigene Leben zu verstehen. Eine Anpassung der Lehre im Sinne einer zeitgemäßen oder persönlichen Interpretation sei nicht das Ziel. Im Vordergrund stehe das persönliche Bemühen, sich entsprechend der Baha'i-Gebote zu entwickeln. Von Gemeindemitgliedern werde erwartet, dass sie die Einhaltung der Gebote anstrebten. Einzelne Mitglieder könnten sich an den örtlichen Geistigen Rat wenden, sollten sie Beratung in Lebensfragen oder in Krisensituationen suchen. Der Geistige Rat berate in diesem Fall immer als gesamtes Gremium. Sollten sich Fragen ergeben, so stünde der Nationale Geistige Rat als Ansprechpartner zur Verfügung. Nicht der lokale, sondern nur der Nationale Geistige Rat habe eine Weisungsbefugnis gegenüber den einzelnen Mitgliedern. Sollte ein Mitglied offensichtlich und dauerhaft von den Baha'i-Geboten abweichen und lasse sich keine gemeinsame Lösung finden, sei der Entzug des aktiven und passiven Wahlrechts die schärfste Sanktion, welche der Nationale Geistige Rat beschließen könne.

### Finanzen

Die Baha'i finanzieren sich nur über Beiträge bzw. Spenden. Sie nehmen Spenden nur von Baha'i an. Freiwilligkeit und Anonymität ist hierbei ein hoher Wert. Alle Baha'i sind aufgerufen, ein „Huqúqu'llah“ (Recht Gottes) zu zahlen. Mit dieser Abgabe solle jedes Mitglied 19% seiner Ersparnisse, also des Vermögenszuwachses nach Abzug aller lebensnotwendigen Lebenshaltungskosten, der Weltgemeinschaft der Baha'i zur Verfügung stellen. Diese Abgabe werde direkt an das Universale Haus der Gerechtigkeit gezahlt. Sie sei jedoch freiwillig und werde nicht kontrolliert. Zudem

seien die Baha'i aufgerufen, für die nationale Verwaltung der Baha'i zu spenden. Auch die Gemeindearbeit vor Ort müsse natürlich finanziert werden, z. B. die Miete von Räumlichkeiten. Das Budget der Gemeinden vor Ort werde durch ihre jeweiligen lokalen Geistigen Räte abgestimmt, so Herr Blom. Auch hier werde anonym über Spendenboxen gespendet, Daueraufträge seien allerdings auch möglich. Eine Übersicht über die einzelnen Beiträge habe nur der Schatzmeister, der hierüber jedoch Diskretion bewahre.

### Räumlichkeiten und Personal

Die Baha'i-Gemeinde Friedrichshain-

Das Besucherzentrum dieses Andachtshauses werde von zwei Hauptamtlichen geleitet, die auch die Andachten vorbereiteten. Außerdem gebe es ein Team von um die 10 Hauptamtlichen, welche auf nationaler Ebene die Baha'i-Gemeinde verwalteten. Der Nationale Geistige Rat arbeite ehrenamtlich, nur der Sekretär des Rates habe eine halbe Stelle.

Das Haus der Andacht sei durch Spenden von Baha'i-Mitgliedern aus Deutschland, Europa, aber auch der ganzen Welt finanziert worden. In Ländern, in denen die Baha'i-Gemeinde stark wachse, seien auch weitere Tempelbauten für die jeweiligen Gemeinden vor Ort geplant.



Baha'i House of Worship, Langenhain

Kreuzberg habe keine eigenen Räumlichkeiten. Herr Blom erzählte mir, dass die Gemeinde sich regelmäßig zu Andachten und Meditationen bei einzelnen Mitgliedern treffe, wobei die Treffen häufig, aber nicht immer bei Mitgliedern stattfänden, die größere Wohnungen hätten. Dies hänge davon ab, wie viele Mitglieder kämen und welche Räumlichkeiten gerade geeignet seien. Einige Treffen und Feste, insbesondere, wenn auch Freunde und Bekannte eingeladen seien, fänden in angemieteten Räumen statt.

Zurzeit gibt es auf jedem Kontinent einen Baha'i-Tempel. Der Tempel für Europa, das Haus der Andacht, steht in Hofheim im Taunus.

*Mein herzlicher Dank gilt Ender Çetin, Sraddhabandhu und Alexander Blom, die mir sehr offen und freundlich begegnet sind und sich viel Zeit genommen haben, mir ihre Gemeinden und Gemeinschaften zu erklären und meine Fragen zu beantworten.*



# Nein, ich will nicht

Siegesmund von Ilseman/ Zugeben, meine Suche nach Jesus endete bereits vor vielen Jahrzehnten. Militant-protestantisch erzogen – ritualisierte allsonntägliche Kirchgänge inklusive, eifriges Mitglied in der Jungen Gemeinde unserer Ortskirche und lungenstarker Bläser im Posanenchor – ging mir gleichwohl in jungen Jahren sozusagen die christliche Puste aus.

Mein Glaube hielt den wachsenden Zweifeln nicht stand – den Wi-

dersprüchen der realen Welt, dem Wunsch, Not und Elend im Hier und Jetzt zu bekämpfen statt die Notleidenden und Elenden mit der Hoffnung auf ein besseres Jenseits zu trösten. Zu groß schien mir die Diskrepanz zwischen Lehre und Leben, von bigott zur Schau gestellter Frömmigkeit und einer Lebensführung, die kaum den Anforderungen der Bergpredigt entsprach.

Nur konsequent, ja geradezu zwingend war für mich daher der Ab-

schied von einer Organisation, die so viele meiner Erwartungen enttäuscht hatte. Gleich nach dem Beginn meines Studiums 1969 erklärte ich deswegen in der gebotenen Weise meinen Kirchenaustritt.

Für mich war damit mein Kontakt zur Kirche beendet. Umgekehrt galt das aber nicht, wie ich Jahre später feststellen musste.

Längst verheiratet, mehrfach umgezogen und mittlerweile gut verdienend, kehrten wir 1998 nach mehr-

jährigem Aufenthalt in den USA nach Hamburg zurück. Nachdem wir uns in der Elbmarsch niedergelassen hatten, überraschte uns ein Schreiben, mit dem die Evangelische Landeskirche Niedersachsen Begehr nicht nach meiner Seele, wohl aber nach meinem Einkommen bekundete: Ich wurde aufgefordert, mehrere Tausend D-Mark Kirchensteuer für meine Frau nachzuentrichten.

Nie war mir im vorangegangenen Vierteljahrhundert zugemutet worden, mit meinem Einkommen eine Institution zu unterstützen, von der ich mich aus guten Gründen und in voller Absicht verabschiedet hatte. Doch auch der Hinweis, dass meine Frau seit Jahrzehnten bestenfalls eine kirchliche Karteileiche war und während des fünfjährigen Nachzahlungszeitraums wegen unseres Auslandsaufenthalts nicht einmal Gelegenheit besessen hätte, den Segen kirchlicher Einrichtungen zu nutzen, half nicht weiter. Ich musste zahlen.

Der Umstand, dass die Kirche – formell im Recht – jemanden zwingt, der sich bewusst und willentlich von ihr getrennt hat, für seinen einkommenslosen (aber ebenfalls völlig) kirchenfernen Ehepartner Beiträge zu entrichten, empörte meine Frau derart, dass nun auch sie umgehend aus der Kirche austrat. Was blieb, war der schale Eindruck, es sei der Kirche wichtiger, dass der Groschen in der Kasse klingt, als dass ihr erneut eine Seele entspringt. Schon der Umstand, dass die Kirche ihre Geldforderung allein auf einen Taufakt stützt, auf den das sprachlose Kleinkind keinerlei Einfluss hat, während sich andere Kirchen, etwa in den USA, ausschließlich aus freiwilligen Spenden finanzieren, weckt den Verdacht, dass es den deutschen Amtskirchen vornehmlich darum geht, möglichst reibungslos Einkommen zu generieren.

Nun, da wir auch die letzten formellen Bande zu unserer früheren Glaubensgemeinschaft gekappt hatten, wähten wir uns endgültig vor weiteren Nachstellungen sicher; zu früh, wie sich einige Jahre später herausstellte.

Inzwischen in den Vorruhestand gewechselt und mit unserem Umzug nach Berlin ins Einzugsgebiet der Landeskirche Berlin-Brandenburg geraten, wurden wir mit einer Zumutung konfrontiert, die wir zunächst als grobes Missverständnis abtun wollten: Wir sollten, bitteschön, Kirchensteuer zahlen oder mit den entsprechenden amtlichen Dokumenten nachweisen, dass, wann und wem gegenüber wir wirksam aus der Kirche ausgetreten seien.

Umgehend schrieb ich zurück, es müsse sich hier wohl um einen Irrtum handeln. Seit meinem Austritt vor über 40 Jahren sei ich trotz mehrfacher Umzüge in den Bereich der unterschiedlichsten Landeskirchen und selbst nach der Rückkehr von einem fast acht Jahre dauernden Auslandsaufenthalt nie mit dem Ansinnen behelligt worden, meinen Austritt nachzuweisen. Man möge doch bitte in meine Steuerunterlagen Einblick nehmen, aus denen sich klar ergebe, dass ich noch nie in meinem Leben zur Kirchensteuer veranlagt wurde.

Natürlich erwies sich meine Hoffnung, dass die Sache damit erledigt sei, als irrig. Was folgte, war nicht etwa eine Entschuldigung, sondern ein dringenderes Mahnschreiben, nach dessen Lektüre ich bei jedem Klingeln erstmal durch den Türspion nachprüfte, ob da vielleicht schon Eintreiber der Russenmafia standen.

Es half auch nichts, dass ich darauf hinwies, dass meine Frau schon vor etlichen Jahren und ich bereits vor vier Jahrzehnten ausgetreten seien. Weder konnte ich sicher rekonstruieren, ob ich an meinem ersten Studienort Heidelberg oder erst später in Hamburg, geschweige denn bei welchem für meine mehrfach wechselnden Studentenbuden zuständigen Ortsamt ich meinen Austritt erklärt hatte. Antwort: Die Bescheinigung muss her (sonst Russenmafia).

Zum Glück fanden wir nach langer Suche die Bescheinigung meiner Frau. Und schließlich spürte meine erste Frau auch meine Austrittserklärung in Papieren auf, die nach unse-

rer Scheidung bei ihr verblieben waren.

Wir hatten mehr Glück als jene ostdeutschen Bürger, die in einem Staat gelebt hatten, der jene Trennung von Kirche und Staat rigoros verwirklicht hatte, welche in der bundesrepublikanischen Verfassung zwar postuliert, tatsächlich jedoch nie verwirklicht worden ist. Viele einst getaufte, aber nie in ihrem Leben kirchlich aktive Ostdeutsche erhielten Zahlungsaufforderungen von der offenbar ganz besonders nach zusätzlichen Geldquellen forschenden Landeskirche Berlin-Brandenburg.

Da half es nichts, dass in der DDR keine staatliche Behörde Kirchenzugehörigkeit und -austritt quitiert hatte. Auch nicht, dass es ausreichte, diesen Austritt oft nur, ganz ohne Papierkram, mündlich gegenüber dem Ortspfarrer zu erklären. Die Kirche blieb gnadenlos und zog in etlichen Fällen vor die Gerichte.

Als ich diese Geschichte im SPIEGEL las, für den ich drei Jahrzehnte lang als Journalist gearbeitet hatte, kam mir die Frage in den Sinn: Wo ist Jesus, wenn man ihn braucht? Er, der einst die Geldwechsler aus dem Tempel in Jerusalem vertrieben hat, täte gut daran, das heute in den Kirchensteuerämtern der deutschen Kirchen zu wiederholen, die sich auf ihn und seine Lehre berufen.

Gewiss, die Kirchen erfüllen viele wichtige gesellschaftliche Aufgaben – die wenigsten davon jedoch mit der kostengünstig für sie vom Staat eingetribenen Kirchensteuer. Für Bischofsgehälter auf dem Niveau des höheren öffentlichen Dienstes, Kitas, Horte und Krankenhäuser, die kirchliche Bezeichnungen im Namen führen, kommt zu großen Teilen der Steuerzahler auf – und damit auch jeder, der sich bewusst zur Trennung von der Glaubensgemeinschaft entschlossen hat.

Es gibt viele gute Gründe, über ein anderes Modell als das einer faktischen Staatskirche nachzudenken.



**Ja,  
ich will!**

Johannes Moes / Meine Frau und ich (wir werden ja zusammen veranlagt), wir haben gezahlt 1094,58 Euro in 2013 und 1.175,40 Euro in 2012, in den Jahren davor ähnlich, jetzt sehe ich die Summe förmlich vor mir, ein Haufen Scheine. Ich habe gerne bezahlt – ich finde, die Kirche ist eine gute Einrichtung. Und wenn ich überlege, was mit dem Geld gemacht wurde, dann fallen mir genug gute Zwecke ein: Kirchen, Diakonie, Entwicklungshilfe, Gottesdienste (wir haben uns in diese Gemeinde „umgemeinden“ lassen, damit ein Teil unserer Steuern direkt hierhin geht), Pensionen von Pfarrern (also auch die meines Vaters bzw. seiner Witwe), Beiträge zum Haushalt von „Nichtregierungsorganisationen“ (also auch die meiner Frau). Ich gebe außerdem noch gerne für die Kollekte. Und der letzte Vorteil des Kirchensteuersystems: Im Kern ist die Abgabe ja freiwillig, weil man ja aus der Kirche austreten kann (aus dem Staat auszutreten, fällt im Lande schon schwerer). Dieses gute Gefühl fällt mir natürlich leicht bei meiner Kirchnähe, aber könnte ich nicht auch andere, Unbeteiligte davon überzeugen? Ich habe schon mit durchaus ernstzunehmenden Leuten diskutiert, die mir auseinandersetzen wollten, dass all das, was ich an den Ausgaben der Kirchen gut finde, sonst auch vom Staat übernommen würde – aber glaubt jemand, der Zeitung liest, das im Ernst? Oder glaubt jemand, dass das Geld (gehen wir davon aus, dass es nun mal da ist, von Leuten in diesem Land verdient wurde) von Privathalten irgendwie sinnvoller, sinnstiftender oder befriedigender ausgegeben werden würde? Ich nicht. Geld ist dazu erfunden worden, um ausgegeben zu werden, und im Vergleich ist die Kirche nicht der schlechteste Geldausgeber. Also gehe ich durch die Stadt, oder lese Zeitung, oder be-

suche einen Gottesdienst, und bin froh, dass ich die Kirche mitfinanziere. Ich zahle ja auch gerne Steuern an den Staat, nur beim Staat fallen mir mehr Ausgaben ein, mit denen ich unzufrieden bin – die Kirche geht meiner Einschätzung nach anständiger mit Geld um. Mein Vater hat mir damals Anteile an der „Oikredit“-Genossenschaft geschenkt, die die Rücklagen von Kirchengemeinden als Mikrokredite in der „dritten“ Welt verliehen haben, bevor es den Begriff Mikrokredit überhaupt gab. Nicht als Almosen, sondern als Hilfestellung untereinander – auch das fand ich damals schon sehr anständig, und für die Gemeinden war es eine Möglichkeit zur Sicherung der Rücklagen, bevor es „ethisches Investieren“ als Mode gab.

Dann kommt eine andere Stimme in mein Ohr und versucht mich: Wenn ich so gerne für die Kirche zahle, dann könnte man doch die Kirchensteuer abschaffen und die Kirchen über freiwillige Beiträge finanzieren! Alles andere wäre doch unaufrichtig: der Zwang zu den Beiträgen, die Eintreibung durch den Staat, die prozentuale Festsetzung, die ungenaue Verteilung über die Gesamtkirche – ein völlig inkonsequentes System? Aber auch dem kann ich mit großer Wucht widersprechen: Erst dadurch, dass eine Kirchensteuer vom Staat als Mittler in einem fast unsichtbaren, aber unausweichlichen Prozess eingezogen wird, und diese für alle gleich ist und nicht persönlich an der Kirchentür abgegeben wird, entfaltet sich doch der ganze Charme des Systems! Vom ‚bewussten‘ Verbraucher und seiner Macht zu reden ist große Mode, aber wenn man hundert Menschen freistellt, ob sie Eier aus Bio-Erzeugung oder aus der Legebatterie kaufen, dann findet man vielleicht die 20 Rechtschaffenen (oder Reicheren, oder auf Distinktion Be-

dachten) heraus, aber es wird weiter Legebatterien geben. Wenn man diese aber verbietet, gibt es keine mehr, und das würde mich freuen – selbst wenn die Freiheit der KonsumentInnen, Legebatterieeier zu kaufen, eingeschränkt wird. Ebenso freue ich mich über eine gesetzliche Regelung, die mich und andere aller eigenen Überlegungen zu Höhe und Häufigkeit meiner Kirchenbeiträge enthebt. Ich will nicht die Zahlungsmoral von Kirchgängern auf die Probe stellen – schon gar nicht meine: Würde ich wirklich 1.000 Euro an der Kirchentür abliefern und nicht ab diesem Zeitpunkt eifersüchtig darüber wachen, ob ‚mein‘ Geld gut ausgegeben wird? Und wäre das nicht, liebe KirchenkritikerInnen, der vorgezeichnete Weg zu einer Gesellschaft, in der die Kirchen im ökonomischen Aufmerksamkeitswettbewerb untereinander sich immer mehr radikalieren und die Gesellschaft viel mehr prägen als hierzulande – wie etwa in den USA? Nein, mir ist die säkulare Grundstimmung in der Öffentlichkeit viel wert, auf jeden Fall meine Kirchensteuern. Man sollte also lieber heute als morgen auch eine islamische Kirchensteuer in Deutschland einführen und die Einnahmen unter den registrierten Moscheen verteilen – es gibt kein einfacheres Mittel zur Domesticierung und Entpolitisierung der muslimischen Gemeinden, die sich jetzt auch aus Einnahmegründen als besonders, vielleicht auch besonders radikal präsentieren müssen. Muss noch jemand überzeugt werden? Dann diskutiere ich gerne weiter, als überzeugter Steuerzahler.

# Noch immer Staatskirche

## Einblicke in das Finanzmodell der Berner Landeskirche

Luzius Jordi / Die Berner reformierte Kirche ist eine der wenigen noch bestehenden „Staatskirchen“ in der Schweiz. Durch die Übernahme des beachtlichen Kirchenbesitzes durch den Staat im Jahr 1804 verpflichtete sich der Staat Bern zur Besoldung der reformierten Pfarrer, zu denen im Laufe der Zeit durch rechtliche Anerkennung als „öffentliche Körperschaften“ auch die Geistlichen der katholischen, der christkatholischen und der jüdischen Glaubensgemeinschaften kamen. Abgesehen von gewissen „Trübungen“ des sonst guten Verhältnisses zwischen Kirche und Staat in den Vierzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts in der „Judenfrage“ herrschte zwischen den beiden Institutionen bisher scheinbare Harmonie.

Dies hat sich in den letzten vier Jahren spürbar verändert. Unter anderem durch Volksinitiativen zur „Trennung von Kirche und Staat“ (bisher alle abgelehnt, aber wohl nicht mehr

lange), vor allem aber durch einen enormen Spardruck, der auf dem Kanton lastet. Erst wurde der Kirche eine Strukturreform aufgezwungen, durch die viele Pfarrstellen verschwanden. Neuerdings ist eine Diskussion über die Höhe der vom Staat der Kirche geschuldeten Finanzen entbrannt. Die von 1804 in die Jetztzeit projizierten Beträge gehen nach Kirchenauffassung in die Milliarden, was gewisse Staatsvertreter entschieden bestreiten. Und natürlich spielt auch der andauernde Mitgliederverlust beider Landeskirchen (reformierte und katholische) eine Rolle, während die kleine christkatholische Kirche als Sammelbecken abgesprungener, kritischer Römisch-Katholiken bisher ungeschoren davonkam.

Wie beurteile ich als seit 10 Jahren pensionierter reformierter Pfarrer die Lage? Meine private Alterssicherung steht dabei außerhalb der Betrachtung, obwohl in letzter Zeit auch eine Schmälerung der Altersfürsorge für

„Staatsangestellte“ diskutiert wird. Es geht hier primär um die prekäre finanzielle Lage der Kirche. Dabei ist ein Pochen auf Besitzstandswahrung das allerschlechtesteste Argument, vor allem für eine Kirche. Auf der anderen Seite kann auch nicht hingegenommen werden, wie kirchenferne Instanzen der Kirche vorschreiben, wie sie sich gesundsparen soll. Auch ein Jammern in den Medien und Betteln um Verständnis bei der Bevölkerung wirkt sentimental und entwürdigend.

Was hingegen noch weitgehend fehlt, aber nötig wäre, ist ein „proaktives Verhalten“ der Kirche, statt eines nur defensiven. Das heißt z. B. konkret, dass einzelne Kirchengemeinden über ihren „Kirchturmhorizont“ hinausschauen und die kirchlichen Bezirke, die „eingeschlafen“ sind, aktivieren sollten. Wenn schon der Staat aus Spargründen Einwohnergemeinden zusammenlegt, warum



tun das nicht auch benachbarte Kirchengemeinden? Dies hätte zugleich den positiven Effekt, dass der ständige Mangel an KandidatInnen für kirchliche Gremien eher behoben werden könnte. Sinnlos aufgesplittete Ausgaben der Gemeinden (jede Gemeinde hat ein Missions-, ein Sozialarbeits-, ein Unterrichtsbudget etc. mit entsprechenden Kommissionen) könnten so zusammengelegt und mit dem freierwerdenden Geld gemeindeeigene Pfarrstellen (die vom Staat verweigert wurden) geschaffen werden. Synergie hiesse das Zauberwort, das viele Gemeinden gar nicht kennen. Ganz abgesehen von einer von vielen PfarrkollegInnen immer noch abgelehnten „Spezialisierung“. Natürlich kann das Parochialsystem nicht abgeschafft werden; bekanntlich möchte ja jede Gemeinde „ihre/n“ PfarrerIn. Aber mit der Schaffung von Schwerpunkt-Pfarrämtern in den Bezirken ließe sich sehr viel gewinnen und Leerlauf vermeiden.

Das einzige, was im Moment von der Bernischen Kirchenleitung angestrebt wird, ist eine Quantifizierung der Dienste, die die Kirche an Stelle des Staates übernimmt, vor allem im sozialen Bereich – und dies dem Staat als „Gegenrechnung“ präsentiert. Solange hingegen der Staat der Kirche ein neues Kirchengesetz nur aus eigenen Spargründen aufzwingen will, ohne Mitverantwortung für die

Dienste der Kirche zu übernehmen, muss sich die Kirche wehren, dieses „Spiel“ mitzuspielen.

Nötig wäre ein neues Denken im Sinne des Gemeinwohls und der Verantwortung gegenüber der ganzen Gesellschaft, der ja der Staat speziell verpflichtet ist. Dazu gehört meiner Meinung auch, dass der Staat mitteilt, den Pfarrberuf attraktiver zu machen, meinetwegen unter Absehung des nur-finanziellen Aspekts. Hier müssten auch die theologischen Fakultäten helfen, die ja auch vom Staat finanziert werden. Eine Kirchenreform ja, unter dem Aspekt eines gesamtgesellschaftlichen Auftrags. Hier könnte ja durchaus auch das italienische Kirchensteuermodell angewandt werden: Jede/r Steuerpflichtige zahlt eine Sozialsteuer, je nach Wahl an die Kirche oder an eine gemeinnützige (kirchenneutrale) Institution.

Was zu vermeiden wäre, ist ein vormals als progressiv empfundenes Kirchenmodell, das in gewissen französischsprachigen Kantonen praktiziert wird, bei dem die Kirche total losgelöst vom Staat für alle Finanzfragen eigenverantwortlich ist. Meine PfarrkollegInnen in Genf und Neuenburg beklagen sich, dass sie für eigentliche „kirchliche Arbeit“ kaum mehr Zeit hätten und ständig nur

noch „hinter dem Geld“ herjagen müssten. Wobei ich meine, dass ein Besuch bei einem säumigen Steuerzahler ja durchaus auch Anlass sein könnte, andere, wichtigere Themen anzusprechen, ja sogar Seelsorge zu betreiben.

Noch ein Blick auf andere Kirchen in der Schweiz:

Ein Spezialfall ist der reiche Kanton Basel-Stadt. Dort hat sich die Kirche vom Staat getrennt und sich durch Mitmischen auf dem Finanzmarkt (Aktienbesitz etc.) finanziell gut aufgestellt.

Ausweg aus der Krise könnte schließlich auch ein Kirchenmodell sein, bei dem der Staat der Kirche beim Einzug der Kirchensteuer hilft, dagegen die Eigenfinanzierung der Kirche überlässt, die weitgehend autonom bleibt. Hierzulande im Aargau praktiziert.

## Die Kirche und das Geld – das Geld und die Kirche! Das sagen unsere Konfis:

Mathilda: Mir gefällt, dass die Gemeinde auch situationsnah Geld sammelt, wenn es dringend gebraucht wird, zum Beispiel jetzt für die Flüchtlinge

Antonia: Meine Oma tanzt hier in der Kirche. Ich finde gut, dass das möglich ist. Aber die Unterhaltung der Kirchengebäude kostet natürlich auch viel Geld.

Clara: Als ich klein war, habe ich in der Gemeinde Flöte spielen gelernt, ich finde gut, dass die Gemeinde so etwas finanziert.

Ferdinand: Auch wenn man wegen Geldproblemen mal keine Kirchensteuer mehr zahlen will, hindert einen nichts daran, trotzdem Christ zu sein.

Luis:  
Ich finde es gut, dass die Kirche sich für soziale Ziele einsetzt, daneben spende ich aber auch noch jedes Jahr für Kinderprojekte in Kamboodscha.

Oskar: Ein Grund, keine Kirchensteuer mehr zu zahlen, könnte für mich sein, wenn die Kirche verschwenderisch mit ihrem Geld umgeht.





# Es geht um Ihr Geld

Wer die Hand aufhält muss sich erklären.

Johannes von Ahlefeldt / Noch immer gehören gut 2/3 der Bevölkerung in Deutschland einer Religionsgemeinschaft an, davon knapp über 60% den christlichen Kirchen. Aber negative Schlagzeilen wie durch den Missbrauchsskandal in der katholischen Kirche oder den „Palastbau“ und das anmaßende Amtsgebaren des Limburger Bischofs haben in den letzten Jahren die moralische Autorität der beiden christlichen Kirchen nachhaltig erschüttert und zum Anstieg der Austrittszahlen geführt.

Die aktuelle Austrittswelle gibt mir jedoch besonders zu denken. Eine – zugegebenermaßen von den Kirchen schlecht erklärte – technische Umstellung beim Einzug der Kirchensteuer auf Kapitalerträge oberhalb des jährlichen Freibetrages von 801 Euro löst eine lawinenartige Austrittswelle aus. Nur weil auf dem Depot- oder Kontoauszug nun regelmäßig der Abzug der Steuer vor Augen geführt wird, der sonst nur einmal pro Jahr mit der Steuererklärung sichtbar wurde, kehren hunderttausend Gläubige ihrer Kirche den Rücken.

Hier hat es scheinbar nur eines kleinen Anlasses bedurft, um die letzten, nur noch losen Bande zu kapfen.

Kirchen sind Mittelpunkt dörflicher Lebensgemeinschaften, Ort für Kulturveranstaltungen oder öffentliche Diskussionen. Dies weiterhin ne-

an diesen Institutionen, wenn wir an das gesellschaftliche Ziel der Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Beruf denken.

Ebenso nimmt in unserer Gesellschaft die Suche nach Orientierung zu. Warum diese Orientierung bei immer weniger Menschen in den Kirchen gesucht wird, kann ich nicht wirklich sagen. Der allgemeine Trend hin zur Individualisierung und Säkularisierung reicht mir da als Erklärung nicht. Wahrscheinlich sind unsere Veranstaltungsformen in vielerlei Hinsicht zu traditionell. Sie bieten keine spektakulären Events mit deftigen Kontroversen über elementare Fragen

des Glaubens („Battle of the priests“), wie sie die von elektronischen Medien geprägte Generation der unter 40-jährigen im Kommunikationszeitalter gewohnt ist. Oder andere suchen Formen tiefer sinnlicher Erfahrung, die sie in außereuropäischen Religionen, Mystizismus oder einem neuen Körperkult der Fitnessindustrie finden.



ben einem Ort des Glaubens zur Verfügung zu stellen, steht damit womöglich auf dem Spiel. Denn diese gesellschaftliche Infrastruktur bedarf zu ihrem Erhalt einer dauerhaften Finanzierung. Dies gilt ebenso für den subsidiären Betrieb von Kitas, Schulen, Krankenhäusern oder Pflegeeinrichtungen. Dabei wächst der Bedarf

Auf lange Sicht wird durch die Austrittswellen auch der Bildungsauftrag der Kirchen infrage gestellt. Bisher leisten die Kirchen aus meiner Sicht einen wesentlichen Beitrag dazu, dass auch moralische Argumente in der politischen Diskussion eine Rolle spielen. So tritt die Kirche nicht nur allgemein als wichtige Lobby im politischen Raum auf, wenn es um grundsätzliche Fragen unseres zukünftigen Zusammenlebens geht, bspw. wie wir in einer rasch alternenden Gesellschaft mit Fragen der Palliativmedizin oder der Sterbehilfe umgehen. Sie tritt auch immer wieder als Anwalt der Ärmsten und Ausgegrenzten auf, aktuell mit dem Eintreten für Flüchtlinge durch Initiativen zum Kirchenasyl und dem Plädoyer für eine aktive Bewältigung der aktuellen Flüchtlingskatastrophen in Syrien, Irak und dem Mittelmeerraum.

Auch der Religionsunterricht gerät beim Fehlen gesicherter Finanzen zunehmend unter Druck. Auf der Strecke bleibt dann nicht nur die Vermittlung des Christentums, sondern auch die Möglichkeit, sich in einem schulischen Rahmen und unter fachlicher Anleitung mit anderen Religionen und Weltanschauungen auseinanderzusetzen. Wenn die Lücke lediglich durch fragwürdiges Internetwissen gefüllt wird, ist keinem gedient.

Einige kritisieren, dass die Kirchen ihr Geld mit Hilfe des Staates erhalten. Aber was wäre die Alternative? Ein kirchliches Finanzamt? Eine Heerschar kirchlicher Zöllner, die säumige Schäfchen jagt? Der Staat zieht die Kirchensteuer nur technisch ein und erhält dafür eine Gebühr in Höhe von 2-4% des Volumens der Kirchensteuer. Kein Privileg für die

Kirchen, sondern eine kosteneffiziente Regelung, die den Kirchen den Aufbau einer eigenen Finanzbehörde erspart, während die staatlichen Finanzämter zusätzliche Einnahmen ohne großen zusätzlichen Aufwand erzielen.

Einige kritisieren auch, dass es sich um eine Steuer und nicht um einen Festbetrag handelt. Aber der Grundsatz unseres Steuerrechts, dass die Starken mehr zum Wohle der Gemeinschaft und zur Bewältigung öffentlicher Aufgaben beitragen als die Schwachen, ist gerecht. Dies gilt für den staatlichen ebenso wie für den kirchlichen Bereich.

Fragwürdig mögen die staatlichen Leistungen in Höhe von 480 Mio. Euro pro Jahr auf den ersten Blick erscheinen, die auf den Reichsdeputationshauptschluss von 1803 zurückgehen. Damit werden die Kirchen für die Enteignung von Liegenschaften und anderem Eigentum entschädigt. Es wäre sinnvoll diese Rechte abzulösen. Aber dazu bedarf es komplizierter Verhandlungen, die lange dauern werden. Überdies würde eine solche Lösung für die Länder teuer werden. Im Zeichen der „Schuldenbremse“ und in Zeiten knapper Haushalte haben sich Landesparlamente in den letzten Jahren immer wieder für die Fortsetzung des Status Quo entschieden.

Dass viele Menschen heute beim so genannten „Crowd-Funding“ be-

reit sind, ohne Gegenleistung interessante Projekte zu finanzieren, halte ich für ein ermutigendes Zeichen. Aber die großen Herausforderungen unserer Zukunft werden wir kaum durch einen Flickenteppich solcher Einzelinitiativen bewältigen. Es bedarf großer Institutionen, die in der Lage sind, Gesamtbilder zu zeichnen und widerstreitende Interessen in den eigenen Reihen zu gemeinsamen Positionen zusammenzuführen. Sonst bleibt das Feld der öffentlichen Meinung der Regierung, den politischen Parteien und wirtschaftlichen Interessen überlassen, also denjenigen, die über entsprechende Finanzmittel verfügen, um interne Abstimmungsprozesse zu organisieren und öffentliche Debatten zu führen. Wer also findet, dass es in der Welt nicht nur um Geld, Macht und Konsum gehen sollte, sondern auch um innere Werte, Liebe, Verständnis und Verantwortung gegenüber anderen, der sollte bereit sein, in diese Themen auch Geld zu investieren. Er sollte ferner schauen, ob der christliche Glaube bei der Suche nach den richtigen Antworten nicht hilfreich sein könnte. Und falls die Entscheidung zu Gunsten des Christentums fällt (immerhin 2000 Jahre Erfahrung mit Nächstenliebe!), dann gibt's nur noch eines: Gemeindemitglied werden (oder bleiben) und Kirchensteuern zahlen!



# 20 Jahre Stillstand

Alternativen sind denkbar

**Karl-Heinz Baum: Herr Machel, Sie sind evangelischer Pfarrer an der Ölberg-Gemeinde in Berlin-Kreuzberg. Mit welchen Einnahmen rechnen Sie, wenn die Kirchensteuer an der Haustür eingesammelt werden muss und nicht mehr über die Lohnsteuerkarte vom Fiskus zwangseingezogen wird?**

Jörg Machel: In Kreuzberg würde es schwer sein, die Lohnkosten für den Kassierer zusammenzubekommen. Ein Gemeindezentrum ließe sich damit jedenfalls nicht finanzieren.

**KB: Lebt die Kirche über ihre Verhältnisse?**

JM: Wir finanzieren uns tatsächlich über ein Kirchensteuersystem, das uns beträchtliche Einnahmen sichert. Einnahmen, die wir allerdings so einsetzen, dass wir es gegenüber einer breiten Öffentlichkeit durchaus vertreten können, und das tun wir auch. Die Ölberg-Gemeinde betreibt eine Kindertagesstätte, eine Wärme- stube für Obdachlose, Jugendliche treffen sich bei uns zum Tischtennis. Stadtteilgruppen, Anonyme Alkoholiker und Kulturgruppen nutzen unsere Räume, weil andere Quartiere nicht mehr bezahlbar sind. Unser Haushaltsplan liegt für jeden zur Begutachtung aus; wir wollen Transparenz in Gelddingen. Das unterscheidet uns übrigens von mancher Kleinkirche,

die uns wirtschaftlich als Vorbild aus- gelobt wird.

**KB: Die Akzeptanz des Kirchensteuereinzugs scheint aber zu schwinden.**

JM: Das kann man sagen. Vor Jah- ren hörte ich häufig Klagen über eine unzeitgemäß altmodische Kirche, der man sich völlig entfremdet fühlte. Dennoch blieben die Leute aus Rück- sicht gegenüber der Familie oder aus trotziger Gewohnheit Mitglied der Kirche. Heute treffe ich zunehmend auf Menschen, die den Wandel der Kirche registriert haben, das kritische Engagement der Gemeinde loben und viel Gutes über einzelne Mitarbeiter zu erzählen wissen, und doch sind sie nicht mehr bereit, dafür einige hun- dert Mark im Jahr als Beitrag aufzu- bringen. Gegen eine Aufstockung der Urlaubskasse durch Kirchenaustritt kommen wir immer schwerer an.

**KB: Eine Kirchenverdrossen- heit analog zum Überdruß an den Parteien sehen Sie in Ihrem Um- feld nicht?**

JM: Von Ausnahmen abgesehen, nein. Im Gegensatz zu Parteien und manchen Großorganisationen hat die Kirche Basisnähe behalten und viel- leicht sogar verstärkt entwickelt. Wenn Sie sich die Verlautbarungen der Evangelischen Kirche in den letz- ten Jahren ansehen, so geht es oft da- rum, Stimme für die Sprachlosen zu sein. Wenn Sie sich die Zahlen des

kirchlichen Lebens ansehen, so fällt auf, daß immer mehr Veranstaltun- gen besucht werden, die sich jedoch finanziell nicht tragen können.

**KB: Sie sind also darauf ange- wiesen, von Karteikartenmitglie- dern finanziert zu werden?**

JM: Ja, so ist es. So wie sich selbst ein gut besuchtes Theater nicht aus Kartenverkäufen finanzieren läßt, so kann keine Gemeinde allein von ih- ren aktiven Mitgliedern existieren. Es sei denn, sie gibt den öffentlichen An- spruch auf und beschränkt sich auf die religiöse Betreuung einer opferbe- reiten Kerngruppe.

**KB: Was meinen Sie mit öffent- lichem Anspruch der Kirche?**

JM: In unserer Tradition hatte die Kirche immer auch die Funktion, ein öffentlicher Raum zu sein; Kirche mit- ten im Dorf, mitten in der Stadt. In der Kirche wurden und werden öf- fentliche Angelegenheiten verhandelt. Die Gratwanderung zwischen religiö- ser Besinnung und gesellschaftlichem Engagement geriet von Zeit zu Zeit zum Drahtseilakt und ist doch unauf- gebbar. Ich sehe in gleichzeitiger Bür- gernähe und Staatsferne der Gemein- de eine Chance, sensibler auf Ent- wicklungen zu reagieren als die politi- sche Öffentlichkeit. Die besondere Verantwortung der Kirche kommt im- mer dann zum Tragen, wenn andere Steuer- und Regelmechanismen des Gemeinwesens versagen. Die Rolle

der kirchlichen Basisgruppen in der DDR-Wendezeit ist ein Beispiel, die Rolle der Kirchen in der Umwelt- und Friedensbewegung der Bundesrepublik ein anderes.

**KB: Wie erklären Sie sich den Widerspruch zwischen der von Ihnen behaupteten Bedeutung der Kirchen für die Öffentlichkeit und der schwindenden Bereitschaft, dies zu finanzieren?**

JM: Die meisten Menschen finden auch eine saubere Umwelt erstrebenswert und haben sich doch erst durch Steuervergünstigungen entschlossen, das Auto mit einem Katalysator nachzurüsten. Zustimmung zu nicken und in die Tasche zu greifen, das ist zweierlei.

**KB: Verstehen Sie sich als gesellschaftlicher Katalysator, der steuerlich begünstigt werden will?**

JM: In gewisser Weise ja. Über die innerkirchliche Arbeit hinaus, meinen wir tatsächlich, auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrzunehmen. Es ist nicht erstrebenswert, dass alle soziale und kulturelle Arbeit in staatlicher Hand ist. Und deshalb ist es gut, wenn es Gruppen und Institutionen gibt, die materiell lebensfähig sind, d.h. über öffentliche Mittel ver-

fügen, und dennoch staatsunabhängig bleiben.

**KB: Soll das nur für die Kirchen gelten?**

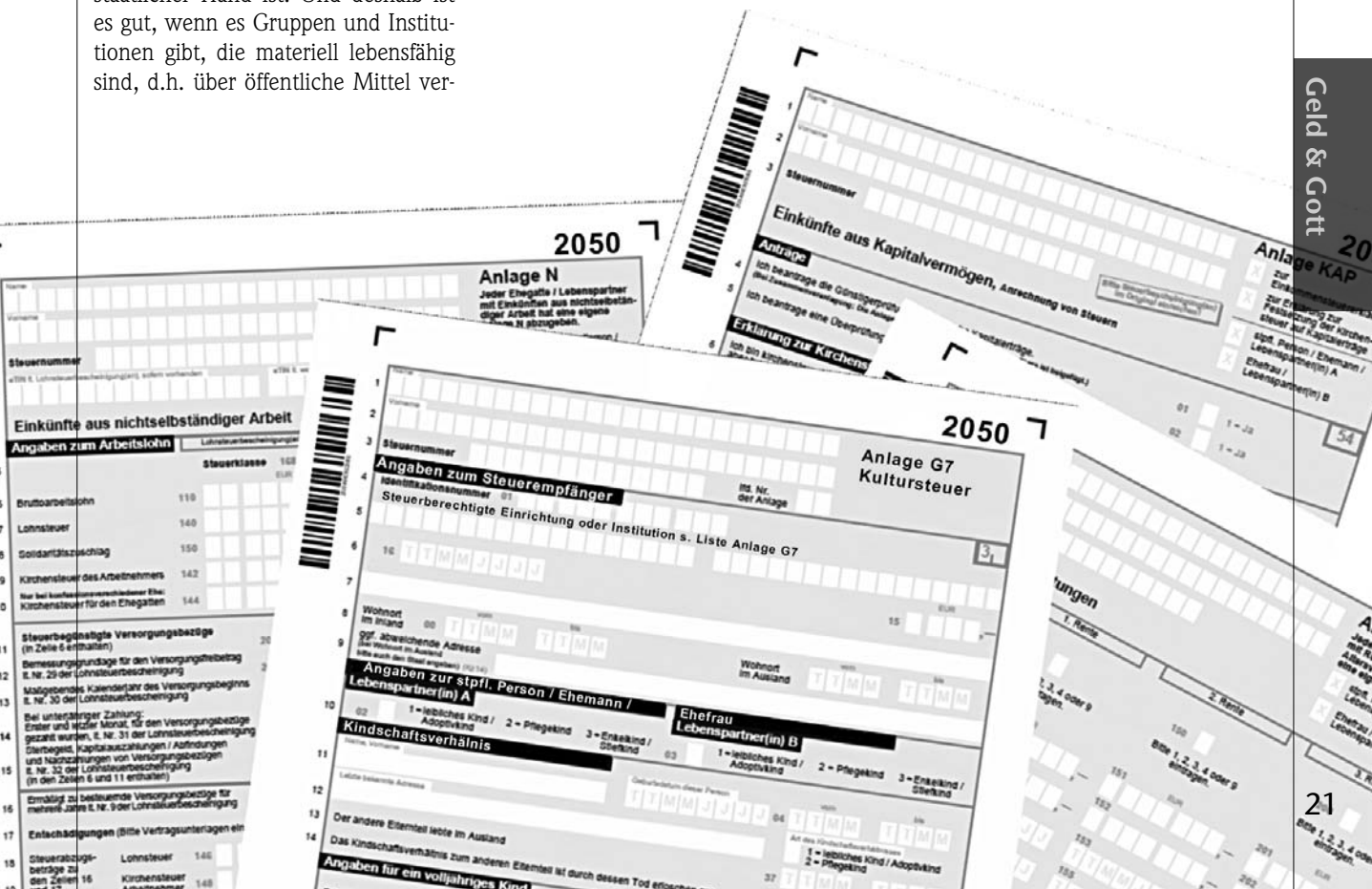
JM: Ich könnte mir durchaus vorstellen, daß ein Betrag in Höhe der Kirchenbeiträge von jedem Steuerzahler erhoben wird, um dann, dem Wunsch des Zahlers entsprechend, an nichtstaatliche Einrichtungen weitergegeben zu werden. Für uns hieße das langfristig, mit so honorigen Organisationen wie Greenpeace oder der Gesellschaft für bedrohte Völker konkurrieren zu müssen. Einem Vergleich der überzeugenden Werte und der guten Werke stelle ich mich gern.

**KB: Heißt das Gesellschaftsteuern für alle, die keine Kirchensteuern zahlen?**

JM: Der Staat finanziert jetzt viele Aufgaben, die dann durch direkte Zuwendungen der Bürger gestützt würden. Altenheime, Kindergärten, Entwicklungshilfegruppen, Kulturforen und Basisprojekte könnten mit solchem Geld finanziert werden und ein

gesellschaftliches Netzwerk bilden, das den Staat entlastet und die Alltagskultur bereichert. Nicht Parteien oder Wirtschaftssponsoren treten dann als Geldgeber und Kontrolleure in Erscheinung, sondern der Bürger selber steuert und kontrolliert den Geldfluss nach vorher vereinbarten Rahmenbedingungen. Es geht um's Geld, um Ihr Geld! Es geht um die Kirchensteuer.

*Dieser Artikel ist die Nachschrift eines Gesprächs zwischen Karl-Heinz Baum von der Frankfurter Rundschau und Jörg Machel von der Ev. Ölberg-Gemeinde, das Mitte März 1993 geführt wurde.*



# Ein Haushalt, doppelt zahlen

Landeskirchliche und freikirchliche  
Kirchenfinanzierung



Markus Kachel /

Ich lebe in einer ökumenischen Ehe und kenne deshalb verschiedene steuerliche Realitäten. Meine Frau ist Mitglied der evangelischen Kirche, zahlt also Kirchensteuer; ich bin Mitglied einer kleinen Gemeinde der Evangelisch-methodistischen Kirche, einer Freikirche, die keine Kirchensteuern einzieht.

In meinem Erleben waren meine Kirche und die großen „Landeskirchen“ theologisch immer sehr nah beieinander (und in der Tat gibt es seit mehreren Jahrzehnten eine Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft). Wenn mich jemand fragte, was denn nun so anders sei an der methodistischen Kirche, konnte ich erleichtert sagen: Wir zahlen keine Kirchensteuer. Aha! Damit war das Thema dann

meist erledigt.

Und das ist ja auch ein wesentlicher Unterschied, sowohl in Bezug auf das eigene Verständnis als Kirche als auch hinsichtlich der finanziellen Spielräume (die sind tendenziell enger).

Freikirchen, die keine Kirchensteuer einziehen, sind auf Spenden angewiesen. Und das nicht etwa aus der Not heraus, keine Kirchensteuer erheben zu dürfen. Jede religiöse Körperschaft des öffentlichen Rechts darf Kirchensteuern einziehen (lassen); meine Kirche verzichtet explizit darauf. Die „Gabe“ soll kein Automatismus sein, sondern eine persönliche Entscheidung jedes und jeder Einzelnen. Dieses persönliche Element der

Ekklesiologie spiegelt sich z. B. auch darin wider, dass die methodistische Kirche (wie andere Freikirchen) nicht die Mitgliedschaft qua Taufe, sondern durch eine davon getrennte, ausdrückliche Entscheidung kennt.

Was heißt das für mich persönlich? Klingt doch erstmal gut – vielleicht nach: Bezahlt wird, was gefällt. Gute Predigt: 10 Euro, schlechte Predigt oder Chor hat schief gesungen: Nur noch die Hälfte. Das würde natürlich nicht wirklich funktionieren. An die Stelle der Kirchensteuerpflicht tritt die Verantwortung für meine Kirche und meine Gemeinde. Das ist nicht der biblisch durchaus begründbare „Zehnte“. Das ist aber die klare Botschaft: Wenn ich und andere nicht regelmäßig etwas geben, dann findet unsere Gemeinde vor Ort und unsere Kirche insgesamt nicht statt.

Für mich heißt das: Ich wäge ab, was ich regelmäßig geben kann. Bei mir, wie bei fast allen Gliedern unserer Kirche heißt das: Eine monatliche Spende. Darüber hinaus kann es sein, dass unsere Gemeinde etwas benötigt, was nicht aus dem laufenden Haushalt bewältigt werden kann. In unserem Fall (eine Nachkriegs-Holz-kirche in Friedrichshain, die eigentlich nur dreißig Jahre als Provisorium halten sollte) ist das häufig eine grö-



ßere Reparatur oder Sanierung (Heizung, Dach, etc.). Wenn alle etwas geben, kann es finanziert werden. Was nicht finanziert werden kann, wird nicht gemacht.

Ich fühle mich dadurch nicht gezwungen, etwas zu geben. Als Student konnte ich das auch nicht (jedenfalls nicht regelmäßig) – und wurde darauf auch nie „freundlich-belehrend“ angesprochen.

Kirchensteuern vermisse ich also nicht. Aber ich lehne sie auch nicht kategorisch ab. Denn ich kann mir sehr gut vorstellen, dass das System der freiwilligen Spende, das ich aus meiner Kirche kenne, deshalb dort (leidlich) gut funktioniert, weil es bei den meisten Mitgliedern eine starke Bindung an ihre Kirchengemeinde gibt.

In den beiden großen Volkskirchen in Deutschland ist das nicht so. Das kann man beklagen, ändern wird es sich kurzfristig wohl nicht. Häufig beschränkt sich die Berührung mit kirchlichem Leben auf wenige Feste im Kirchenjahr und auf Taufen, Hochzeiten, etc. Dazu passt eine Kirchensteuer, die regelmäßig erhoben wird, ohne dass sich die Kirchenglieder/Steuerzahler dessen wirklich bewusst sind. Es gibt ihnen dann aber auch die Möglichkeit, Kirchen oder Gottesdienste spontan aufzusuchen

oder sonst „kirchliche Leistungen“ in Anspruch zu nehmen. Diese Leistungen werden ja auch erwartet (wie z. B. die kirchlichen Kitas) und das muss nachhaltig finanziert werden. Die Kirchensteuer bietet damit sicherlich eine gute Planungsbasis.

Größere Schwierigkeiten habe ich da schon mit dem „Besonderen Kirchgeld“, das – so weiß Wikipedia – von jenen „Kirchenmitgliedern erhoben wird, die sich zur Erlangung des Ehegattensplittings gem. §§ 26, 26 b EStG zur Einkommensteuer zusammen mit ihrem Ehegatten veranlassen lassen und selbst über kein oder ein geringeres Einkommen als der Ehegatte verfügen, der als allein- oder besser verdienender Ehepartner keiner steuererhebenden Kirche angehört“. Gehässiger Zeitgenossen bezeichnen sie als „Heidensteuer“. Ich kann und will gar nicht bewerten, ob das gut oder schlecht ist. Aber warum gilt das auch für mich (zumindest, als wir noch einen größeren Einkommensunterschied hatten), nur weil ich freiwillig

an eine „ökumenische Partnerkirche“ spende, anstatt Kirchensteuer zu zahlen? Ist es auch in unserer Familie so, dass – so lautet stellenweise die Begründung für das Besondere Kirchgeld – die ganze Familie bei Anlässen wie Taufe oder Konfirmation kirchliche Leistungen in Anspruch nimmt, ohne sich aber wie andere Gläubige an den Kosten zu beteiligen? Nehmen wir nicht einmal in dieser und einmal in jener Kirche diese „Leistungen“ in Anspruch – und „zahlen“ jeweils dafür?

Wahrscheinlich ist das nur ein Sonderproblem einer sehr überschaubaren Minderheit. Aber wie ich finde, schon ein unfreundlicher Akt im sonst so freundlichen ökumenischen Miteinander.

Diese Fußnote wird mir allerdings die Freude an der Spende nicht vermiesen. Das Geben ist ein ganz unmittelbarer Akt, keine Veranlagung durch eine anonyme Behörde. Das passt für mich, das passt für meine Gemeinde und meine Kirche. Ein Plädoyer für die unmittelbare Abschaffung der Kirchensteuer ist es nicht (wäre auch etwas anmaßend). Aber es lohnt sich, darüber nachzudenken, ob die Kirchensteuer langfristig das Instrument zur Finanzierung kirchlicher Arbeit bleiben sollte.

# Basisnah und unabhängig

## Finanzierung von Baptistengemeinden: Interview mit Anja Neu-Illg

Anja Neu-Illg ist Pastorin einer Baptistengemeinde in Hamburg-Eimsbüttel. Die Gemeinde hat 120 Mitglieder und ist 125 Jahre alt. Die sonntäglichen Gottesdienste werden von ca. 60-80 Menschen besucht. Etwa 80 Mitglieder beteiligen sich aktiv an der Gestaltung des Gemeindelebens. Es gibt regelmäßig Angebote für Kinder, Teens und Senioren. Viele Erwachsene treffen sich in Hauskreisen. Jeder Gottesdienst wird von einem ehrenamtlichen Gemeindeglied geleitet. Das Team aus ehrenamtlichen Musikern besteht aus zehn Leuten. Einmal jährlich gibt es eine zweiwöchige Kerzenwerkstatt für alle Kinder und Erwachsenen im Stadtteil mit regem Zulauf. Einmal im Monat gibt es nach dem Gottesdienst ein gemeinsames Mittagessen, das für Gäste kostenlos ist. Die Gemeinde beteiligt sich an Großevents wie der Nacht der Kirchen oder zuletzt dem Kirchentag mit eigenen Angeboten. Das nächste größere Projekt sind die vier Wochen der Begegnung. Im April und Mai bieten 18 Gemeindeglieder 22 verschiedene Veranstaltungen an 15 Orten in Hamburg an. Vom Spieleabend über eine Wanderung bis hin zu Meditieren und Klettern ist für jeden was dabei.

Der Dienstbereich Diakonie und Mission kundschaftet im Moment

aus, welche Möglichkeiten es gibt, Flüchtlingen in Eimsbüttel beim Ankommen zu helfen. Die Gemeinde ist also klein, alt und sehr aktiv.

**paternoster: Wie lebt es sich mit einem Gehalt, bei dem man die Geber ständig vor Augen hat?**

Könnte ich dich das nicht auch als einen landeskirchlichen Pfarrer fragen? Wird nicht auch sein Gehalt aus den Mitteln der Mitglieder seiner Kirche aufgebracht? Ist für ihn der Zusammenhang weniger spürbar durch den Umweg über das Finanzamt und die zentrale Gehaltsabrechnungsstelle der Kirche? Mir fällt auf, dass diese Frage eigentlich immer nur von außen kommt und mich innen gar nicht beschäftigt. Warum beschäftigt mich das nicht? Erstmal weiß ich nicht, wer wieviel oder wer überhaupt etwas gibt. Dann wird mein Gehalt ja auch nicht von Woche zu Woche neu ausgehandelt oder je nach Zustimmung zu meiner Arbeit gezahlt. Es gibt Gehaltsrichtlinien von unserem



Gemeindegemeinschaft, an die sich die meisten Gemeinden halten. Die Gemeinden müssen sich, bevor sie einen Pastor oder eine Pastorin anstellen, überlegen, ob sie sich das längerfristig leisten wollen. Pastoren werden nicht nach Kassenlage, sondern regelmäßig und verlässlich bezahlt. Zudem sehe ich mein Anstellungsverhältnis bei der Gemeinde so: Die Gemeinde gibt mir Geld, damit ich mich ganz der Gemeinde widmen kann und nicht zusätzlich Zeit mit Geldverdienen verbringen muss. Den Gebern gegenüber fühle ich mich frei und eher durch das Ordinationsversprechen als durch das gezahlte Geld verbunden. Die Geber geben das Geld ja auch nicht mir, sondern der Gemeinde. Die Gemeinde beschließt, was sie mit ihren Geldern macht. In meinem Fall hat sie sich eben entschlossen, eine Pastorin anzustellen.

**paternoster: Wie kommt Du mit dem Einkommensgefälle zwischen Dir und Deinen evangelisch-lutherischen Kollegen / Deinen betuchteren Gemeindegliedern zurecht?**

Dass es da ein gewisses Gefälle gibt, steht mir ja nicht ständig vor Augen, auch weil Gehälter ja so eine Sache sind, die man nicht unbedingt erzählt. Einmal kam ein lutherischer Kollege aus der Nachbarschaft mit seinem neuen Edel-Fahrrad zu einer Dienstbesprechung. Ich bewundere das Fahrrad, kenne auch die Marke und weiß, was das kostet. Er meinte dann, er hätte sich das von seinem ersten eigenen Gehalt gekauft. Ohne einen Blick in die Besoldungstabelle war mir klar, dass ich für dieses Fahrrad mindestens anderthalb Monate arbeiten müsste. Schluck. Aber hey, ich habe auch ein Fahrrad, sogar ein Auto. Mein Mann und ich leben gut. Wir müssen auch nicht überlegen, ob wir uns einen Kaffee, eine CD, neue Bücher, Kleidung oder Urlaub leisten können. Etwas anders sieht es in den neuen Bundesländern aus. Vor allem Kollegen mit mehreren Kindern, wo ein Partner zu Hause bleiben muss, da kann es auch schon mal eng werden. Ich habe keine allzu tiefen Einblicke in die Besoldungstabellen der Landeskirchen, aber mein Verdacht ist, dass die großen Kirchen auf lange Sicht über ihre Verhältnisse leben, es vielleicht sogar jetzt schon tun. Und die betuchteren Gemeindemitglieder? Ja, die gibt es sicherlich. Es gibt aber genauso die weniger Betuchten. Ich kenne ja die Lebensverhältnisse meiner Gemeindemitglieder gut und habe den Eindruck, dass ich da nicht schlechter stehe. Über den Daumen gepeilt, orientiert sich unser Pastorengelohnt am Lehrergehalt. Das halte ich für angemessen. In meiner Gemeinde gibt es auch einige Lehrerinnen und Lehrer. Die Lebensumstände z. B. Wohnungseinrichtung oder Urlaube nehme ich als ähnlich wahr. Ich finde



im der Ge-  
liegen und  
der obe-  
unteren

es gut,  
mit mei-  
nem Gehalt  
Mittelfeld  
meinde zu  
nicht an  
ren oder  
Grenze.

### **paternoster: Wie funktioniert Euer System, wo liegen seine Stärken, wo liegen seine Schwächen?**

Zunächst mal muss man festhalten, dass jede Gemeinde finanziell vollkommen eigenständig ist. Das bedeutet, dass die benötigten Gelder von der Gemeinde selbst aufgebracht werden. Es bedeutet aber auch, dass die Gemeinde als ganze Gemeinde in einem demokratischen Prozess selbst darüber entscheidet, was sie mit ihrem Geld machen will. Die einzelnen Gemeinden bekommen keine Kirchensteuern. In der Regel geben die einzelnen Gemeindemitglieder monatlich einen Gemeindebeitrag. Jedem Gemeindemitglied ist klar, dass das Ganze nur funktioniert, wenn sich viele beteiligen. Wenn ich gefragt werde, was so ein Richtwert für einen angemessenen Gemeindebeitrag ist, dann antworte ich: Zehn Prozent. Fragt mein Gegenüber: Vom Brutto oder vom Netto? – Dann gibt es darauf keine Antwort. Es gibt Lebensumstände, da kann man gar nichts geben, weil man arbeitslos oder alleinerziehend ist, studiert oder Unterhalt bezahlen muss. Die Höhe der Gemeindebeiträge belief sich in unserer Gemeinde im letzten Jahr auf 70.000 Euro. Wenn ich das durch 120 Mitglieder teile, ergibt sich ein monatlicher Beitrag pro Mitglied von ca. 48 Euro. Angenommen, das wä-

ren jetzt zehn Prozent vom Netto, dann wäre meine Gemeinde im Durchschnitt knapp über Hartz IV Niveau, was sie aber nicht ist. Das bedeutet, Einige zahlen keinen Beitrag, andere genau zehn Prozent ihres Einkommens, wieder andere mehr. Auf diese Weise funktioniert das jetzt seit 120 Jahren. Die Stärken liegen auf der Hand: Die Gemeindemitglieder identifizieren sich stark mit den Anliegen der Gemeinde. Investitionen werden unbürokratisch und schnell von der Gemeinde selbst entschieden. Wenn die Gemeinde beschließt, mehr Geld auszugeben, ist das zugleich der Beschluss, auch mehr zu geben. Im letzten Jahr haben wir uns z. B. als Gemeinde eine neue Küche für ca. 40.000 Euro geleistet. Finanziert wurde das aus einem Erbe und Sonderspenden der Mitglieder, ohne den laufenden Haushalt zu belasten. Wir wollten eine Küche. Wir haben es beschlossen und wir haben jetzt eine Küche, genau so, wie wir sie haben wollten. Die Schwächen dieses Systems liegen bei Themen, die nicht so griffig sind wie eine neue Küche, also eher überregional, weit weg und langfristig. Wir zahlen einen regelmäßigen Beitrag an unseren Gemeindebund von 62 Euro pro Mitglied und Jahr. Der Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden (BEFG) tut dafür einige Dinge, die Gemeinden allein nicht können in Bereichen wie Bildung, Mission, Personalentwicklung, Kinder- und Jugendprojekte und Katastrophenhilfe. Der Wasserkopf unserer Kirche ist dabei ziemlich klein. Bei 80.000 Mitgliedern bundesweit, gibt es ca. 40 Stellen auf Bundesebene. Der BEFG ist allen Gemeinden gegenüber zur Rechenschaft darüber verpflichtet, wie er die Mitgliedsbeiträge und Spenden einsetzt. Jede Gemeinde entsendet jährlich mindestens einen Delegierten zu einer Bundes-



konferenz, bei der über den Gesamthaushalt der Kirche gestritten und abgestimmt wird. Hier kommt es manchmal zu Problemen, weil die Delegierten nicht unbedingt Finanzsachverständige sind. Einzelne Gemeinden verweigern manchmal die Beitragszahlung, wenn sie mit bestimmten Entwicklungen und Entscheidungen des BEFG nicht zufrieden sind. Trotzdem lässt sich festhalten, dass dieses System in Deutschland seit fast 200 Jahren funktioniert.

Kritisch wird es natürlich immer dann, wenn Gemeinden zu klein werden. Dann muss die Gemeinde den Tatsachen ins Auge blicken und sagen: Diese Immobilie ist nicht zu halten, oder: Einen Pastor oder eine Pastorin können wir uns zurzeit nicht leisten. Das ist ein Nachteil, aber auch ein Vorteil, weil es keine Möglichkeit gibt, dass Gemeinden über ihre Verhältnisse Geld ausgeben.

### **paternoster: Wie sähe Dein Konzeptvorschlag für eine gute Gemeindefinanzierung/Diakoniefinanzierung aus?**

Die baptistischen Diakoniewerke sind wirtschaftlich von den Gemeinden und vom BEFG völlig unabhängig. Sie stehen zum BEFG lediglich noch in „Bekennnismgemeinschaft“ bekommen aber keine Zuschüsse von der Kirche. Überrascht hat mich in dem Zusammenhang, dass auch bei den Wohlfahrtsverbänden der Kirchen (Diakonie und Caritas) die Kirchenquote (d.h. der Anteil der Kirchen an der Finanzierung) bei unter 2% liegt. Dies ist umso erstaunlicher, als die meisten denken, dass die Kirchensteuer ja gerade für Diakonie

und Caritas verwendet wird. Schau ich kleinere baptistische diakonische Vereine, wie Beratungsstellen oder kirchliche Straßensozialarbeit an, dann beteiligen sich Gemeinden und Einzelne mit Spenden und Mitgliedsbeiträgen an diesen Einrichtungen, die wiederum in einem endlosen Fundraisingprozess dauernd um diese Beiträge werben müssen und dadurch wenig Planungssicherheit haben. Hier zeigen sich wieder die Schwächen unserer Struktur, denn institutionelle Diakonie braucht größere Zusammenschlüsse und starke überregionale Strukturen, die wir kaum haben.

Bei der Gemeindefinanzierung würde ich nochmal ganz neu ansetzen und sagen: Gemeinde an und für sich braucht überhaupt keine Finanzierung. Wenn wir bezugnehmend auf unser gemeinsames protestantisches Erbe in die „Confessio Augustana“ schauen mit der Frage, was denn Gemeinde (oder Kirche) sei, dann lesen wir dort, dass Kirche da ist, wo 1. Gläubige sich versammeln, 2. das Evangelium pur gepredigt wird und 3. ordentlich getauft und Abendmahl gefeiert wird. Immobilien und Personal sind dafür nützlich, aber nicht zwingend notwendig. Wenn ich mich aber zwischen Immobilien und Personal entscheiden müsste, würde ich Personal nehmen. Am Anfang einer Gemeindefinanzierung stünde

also eine Gruppe von Glaubenden, die sich über grundlegende Fragen verständigt wie den Finanzrahmen, das Gemeindeleben, die Mitarbeiteranzahl oder Immobilien. Denken wir uns die Kirche in einer Welt ohne Kirchensteuer, dann gäbe es definitiv weniger Oberkirchenräte und Landeskirchenämter, weil jede einzelne Stelle vor der Gemeinschaft der Glaubenden begründet werden müsste. Brähe die Kirche zusammen, wenn es weniger Abteilungsleiter in den Konsistorien gäbe? Nein. Sie wäre nur ganz anders aufgebaut, von unten her und wäre in ihrer Größe begrenzt.

Hierzu zwei Zahlen: lutherische Christen weltweit 70.000.000; in Baptistengemeinden beheimatet weltweit: 100.000.000.

Die Einkünfte meiner Gemeinde setzen sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden, Mieteinnahmen, Erbschaften zusammen. Zehn Prozent ihrer Einkünfte gibt die Gemeinde an missionarische oder diakonische Organisationen ihrer Wahl weiter.



# Staatskirchenmodell in der Krise

## Die Volkskirche in Norwegen sucht ihren Weg

Veline Backofen / Keine Kirchensteuer in Norwegen? Das hätten wir nicht gedacht, ist aber so.

Und woher kommt dann das Geld für die Kirche und ihre Einrichtungen, für die Ortsgemeinden zur Bewältigung ihrer Aufgaben?

Das ist eine interessante Geschichte. Norwegen hatte eine Staatskirche, d.h. per Gesetz wurde bestimmt, dass der evangelisch-lutherische Glaube die offizielle Religion im Lande ist und der Staat und die Kommunen für ihre Finanzierung aufkommen.

So sind die Pfarrer – ebenso wie zum Beispiel die Richter – Staatsbeamte. Das staatliche Geld für die Staatskirche wird vom Kirchenrat, „Kirkeraadet“, verwaltet. Die Bischöfe werden von der Regierung bestimmt.

Andere Mitarbeiter in den Kirchengemeinden sind Angestellte der Kommunen, darunter fallen Kantoren, Diakone, Bürokräfte u.a. Auch die Instandhaltung der Gebäude unterliegt der kommunalen Verantwortung. Die kommunalen Gelder werden durch den „Fellesraadet“ – eine Art kirchliches Verwaltungsamt – verwaltet.

Freie Gemeinden, weltanschauliche Vereine, Muslime, Juden, Katholiken erhalten entsprechend der Anzahl ihrer Gemeindeglieder einen bestimmten Betrag vom Staat. Die Höhe dieses Betrages orientiert sich an der

Unterstützung, welche die Staatskirche erhält. Dann gibt es für diese Gruppen noch eine kommunale Unterstützung, die davon abhängt, wie wohlhabend eine Kommune ist.

Seit 2012 gibt es nun die Staatskirche nicht mehr. Dafür wurde das Grundgesetz geändert. Der alte Paragraph 2, der besagte, dass die evangelisch-lutherische Religion die offizielle Religion des Landes sei, ist abgeschafft. Nun heißt es im neuen Paragraphen 16, dass die evangelisch-lutherische Kirche die norwegische Volkskirche ist und als solche vom Staat unterstützt wird. Doch alle Glaubensgemeinschaften sollen gleichberechtigt sein.

Vorläufig werden die Staatsgelder vom Kulturministerium verteilt. Ab 2017 übernimmt das der Kirkeraadet und die Kirche soll dann „ein selbstständiges Rechts-Subjekt“ sein. Die Pfarrer werden schon seit einigen Jahren vom Bistumsrat ernannt, die Pröbste und die Bischöfe werden seit 2012 nun auch kirchenintern berufen und nicht mehr durch die jeweilige Regierung (Es gibt noch einige „Staatsbischöfe“, also von der Regierung ernannte, wie z.B. die Bischöfe in Stavanger und in Bodø, beide aktive Sozialdemokraten).

Bjørn Sandvik, pensionierter Pfarrer der norwegischen Kirche, meint, die zukünftige Lage sei schwer zu beurteilen. Dass man als Mitglied der

Kirche dafür etwas zahlen müsse, sei für Norweger ungewöhnlich und fast anstößig, weil man ja in diesem Land nie Kirchensteuern erhoben habe (anders als z.B. in Schweden und Dänemark). Die Kirche war ja immer „gratis“, wie die Feuerwehr und die Schule. Die Politiker bestimmen, und die Arbeiterpartei und die Senterpartei treten dafür ein, dass Kirchenmitgliedschaft keine finanziellen Konsequenzen haben soll. Dies kann sich ändern!

Wo das Geld für die Kirchengemeinden herkommen soll, ist spannend. Wird es nun auch hier in Norwegen eine Kirchensteuer geben oder eine Abgabe für weltanschauliche und religiöse Vereine? Die Frage bleibt derzeit offen.

Vielleicht können wir 2017 mit neuen Erkenntnissen aufwarten.



# Exerzitien

## Ohne Geld auf der Suche nach Gott

Jörg Machel / Einen Tag lang wollten wir uns im ganz normalen Alltagstrubel auf die Suche nach Gott machen. Dazu hatten wir uns in einem kleinen Begegnungszentrum versammelt, in einem Vorort von Frankfurt an der Oder. Acht Leute wollten erleben, was es heißt, „Exerzitien auf der Strasse,“ auszuprobieren. Der Tag begann mit einer kleinen Andacht. Das Sendungswort war ein Jesuszitat: „Tragt keinen Geldbeutel bei euch, keine Tasche und keine Schuhe, und grüßt niemanden unterwegs.“ (Lukas 10,4) Jede und jeder fand in diesem kurzen Text sein persönliches Stichwort, um sich auf den Weg zu machen. Keine Tasche mitzunehmen hieß für die eine, alles eingeübte Wissen über die Dinge einmal abzulegen. Keine Schuhe zu tragen bedeutete für den anderen sich empfindlich zu machen für die Nöte, die ihm begegnen

würden. Niemanden zu grüßen, erklärte sich jemand so: missachte die antrainierten Konventionen und rede so direkt wie möglich mit den Leuten, für dich gelten die üblichen Tabus nicht. Mir genügte schon die erste Aufforderung: Ich ließ mich darauf ein, ganz ohne Geld loszuziehen. Damit war die Busfahrt in die Stadt hinfällig. Ich bin getrampt. Doch das Auto fuhr nur bis zum Stadtrand. Ich bin in die Straßenbahn gestiegen ohne einen Fahrschein zu lösen und habe überlegt, wen ich darum bitten könnte, für mich zu zahlen. Es war mir unangenehm, jemanden zu bitten und so nahm ich lieber das leichte Herzrasen des Schwarzfahrers in Kauf. Dann bin ich über die Oderbrücke nach Slubice gelaufen, dabei hat eine Windböe meinen Schirm zerfetzt. Auf dem Polenmarkt gab es wunderbare Regencapes, allerdings

für drei Euro. Die hatte ich nicht. Mir wurde kalt. Die katholische Kirche war verschlossen, man konnte nur in den unansehnlichen Vorraum. Der hielt mich nicht lange. Zurück in Frankfurt, wollte ich in die Kunsthalle und wurde abgewiesen. Ohne Geld – keine Karte. Im Kleist-Museum hatte ich mehr Glück. „Lassen Sie mich auch ohne Geld rein?“ fragte ich. „Eigentlich nicht“ war die Antwort und der Einstieg in ein nettes Gespräch über das kleine Wort „eigentlich“, über Geld und Geldprobleme und über Heinrich von Kleist, der sein Leben lang damit zu kämpfen hatte. Was habe ich erlebt an diesem Tag ohne Geld? Ich musste mir meine Wünsche verkneifen – ich konnte nicht einfach tun, was ich wollte. Ich war ziemlich ausgeliefert, dem Wetter und den Menschen.

# Schwarzgeld gegen die Angst

Jörg Machel / Ein alter Herr erzählt mir aus seinem Leben. Wir sprechen auch über Geld. Er gesteht mir, dass er un-  
versteuertes Geld auf einem Liechtensteiner Konto geerbt hat,  
und dass er es dort liegen lassen wird. Er nennt es seinen  
„Notgroschen“. Als kleiner Junge hat er die Inflation miterlebt,  
als junger Mann die Währungsreform. Jetzt verwirren ihn  
Nachrichten über einen angeblich instabilen Euro. Er hat ge-  
lernt: Geld ist wichtig, aber Geld ist nie wirklich sicher. Selbst  
die Münzsammlung des Vaters ist in den Berliner Bomben-  
nächten unauffindbar verloren gegangen.

Der Mann ist hochbetagt und kinderlos. Nahe Angehörige hat  
er keine. Sein Erbe wird er wohlthätigen Zwecken zukommen  
lassen. Auch das Geld in Liechtenstein wird am Ende voraus-  
sichtlich dem Gemeinwohl dienen.

Immer ist von Gier die Rede, wenn Menschen mehr Geld an-  
häufen, als sie eigentlich benötigen. Ich zweifle daran, dass  
das so stimmt. Ich denke, bei vielen ist es eine unbestimmte  
Angst, die sie antreibt, anzuhäufen und abzusichern. Würde  
der alte Herr, der einen Teil seines Geldes im Ausland depo-  
niert hat, darauf vertrauen, dass er mit seinen ordentlich ent-  
richteten Steuern eine Garantie auf einen abgesicherten Le-  
bensabend hätte, wäre das Konto in Liechtenstein vielleicht  
schon aufgelöst.

# Der Staat und die Kirchensteuer

## Eine Stellungnahme



Bischof Dr. Markus Dröge

Bischof Dr. Markus Dröge / Sonderstellung, staatliche Zuwendungen, Privilegien, die andere Einrichtungen nicht erhalten – all das schwingt mit in der derzeitigen Debatte um die Finanzen der katholischen und der evangelischen Kirchen. Mehr Sachlichkeit wünsche ich mir. In den evangelischen Kirchen wird der Haushalt der Synode vorgelegt und ist öffentlich einsehbar. Da klingt der Vorwurf, dass die Kirche ihr Vermögen verschleierte, schon merkwürdig. Mein Bischofsgehalt übrigens bezahlt meine Kirche und nicht der Staat. Warum fragen Journalisten nicht danach, sondern schreiben die Vorurteile anderer einfach ab? Krankenhäuser, Kindergärten oder Schulen, die von Diakonie oder Kirchengemeinden betrieben werden, finanzieren sich zuallererst durch die Versicherungsleistungen der Patienten und Bewohner. Der Anteil an staatlicher Unterstützung der gezahlt wird, entspricht dem, mit dem der Staat auch andere freie Träger fördert, etwa die Arbeiterwohlfahrt oder das Rote Kreuz. Im Grundgesetz gilt das Prinzip, dass der Staat außerhalb seiner engeren Hoheitsbereiche nur dann selbst etwas tun soll, wenn Bürger oder gesellschaftliche Organisationen es nicht oder nicht genug in eigener Verantwortung tun können. So erklärt sich der schwierige Begriff des Subsidiaritätsprinzips.

Ja, und die Kirchensteuer. Sie ist keine Leistung des Staates an die Kirche, sondern ein Mitgliederbeitrag, der vom Finanzamt eingezogen und an die Kirchen weitergegeben wird. Oft wird in vielen Darstellungen nicht erwähnt: Der Staat erhält für diesen Dienst eine Vergütung. Das Land Berlin erhält so 2,5 Prozent des Kirchensteueraufkommens, in Brandenburg und Sachsen drei Prozent. Die Kirchen bezahlen für diese Dienstleistung. Der Staat erhält dadurch deutlich mehr Geld, als es ihn kostet.

Und die Staatsleistungen aufgrund der 200 Jahre alten Verträge? Ein juristischer Grundsatz besagt, dass Verträge auch dann ihre Gültigkeit behalten, wenn sie alt sind. Ich kann aber gut verstehen, dass es bei den Steuerzahlern, die keine Beziehung zur Kirche haben, Unmut auslöst, wenn aus ihren Zahlungen die Kirchen die vereinbarte Leistung bekommen. Deshalb wünschte auch ich mir, dass es eine neue Regelung gibt. Der Ball liegt beim Bund und bei den Ländern.

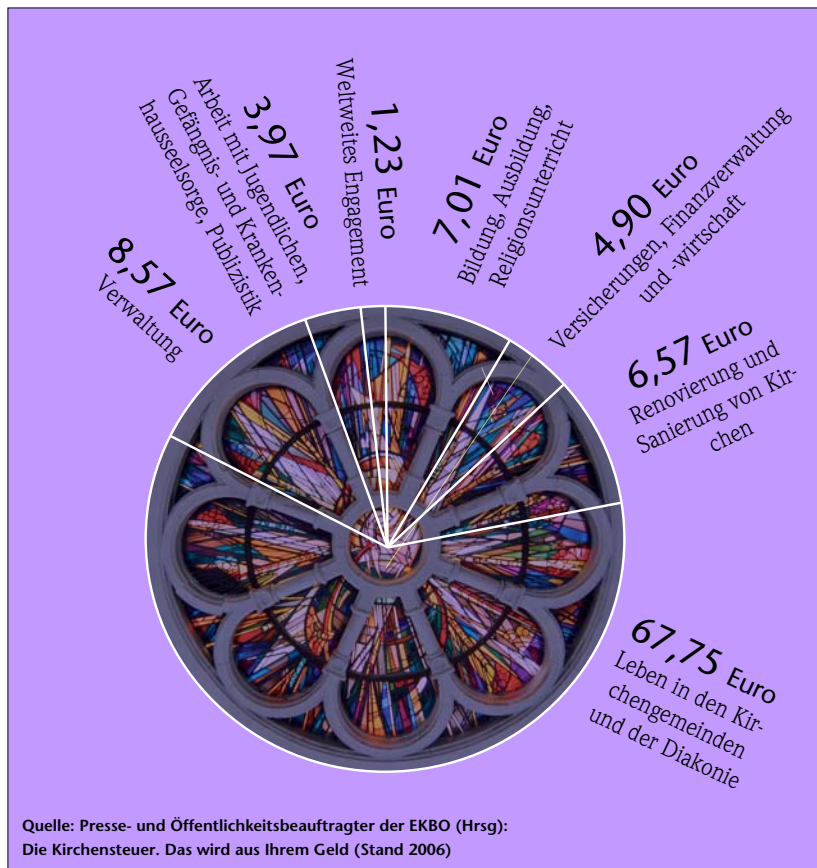
Viele Landeskirchen sind bereit, mit einer angemessenen Einmalzahlung die Staatsleistungen abzugelten. Aber auch hier gilt, wie bei dem Wunsch, eine Mietwohnung zu erwerben: Wenn ich den Betrag zum Kauf nicht aufbringen kann, bleibe ich Mieter.

Wenn die Fallhöhe durch den eigenen Anspruch der Kirchen und die vermeintlich unzulässigen Zuschüsse zusammenkommen, wird es besonders medial interessant. Aber ich erwarte mehr Redlichkeit und eine differenzierte Auseinandersetzung in der Diskussion und keine klischeehaften Darstellungen. Die Kirchen bringen sich mit Gottesdiensten und Konzerten, Kindergärten und Seniorenheimen, Sozialstationen und der Kältehilfe, mit ihrer Zuwendung für Menschen in Not, mit Notfall- und Polizeiseelsorge und vielem mehr in die Gesellschaft ein. Sie zeigen damit, dass Gott die Ehre zu geben und dem Nächsten zu dienen, für die christlichen Kirchen unmittelbar zusammen gehören. Würde unsere Gesellschaft reicher werden, wenn die Kirchen diese Aufgaben nicht mehr erfüllen?

*Stellungnahme zum Tagesspiegel-Artikel „Das Kreuz mit den Milliarden“ vom 21. Oktober 2013*

*Dr. Markus Dröge ist Bischof der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz.*

# Wohin gehen 100 Euro Ihrer Kirchensteuer?



**Für jede in unserem Welt-Café gekaufte Tasse Kaffee gibt es einen Stempel. Die 10. Tasse Kaffee ist gratis.**



Entlang der gestrichelten Linie ausschneiden!

Die 1€-Ausgabe des paternoster (11. Jahrgang Nr. 2, 2007) war ein Erfolg. Die hohe Auflage ist unter die Leute gebracht und manch ein Euro hat bei dieser Gelegenheit den Besitzer gewechselt. Deshalb soll auch für die folgenden Ausgaben gelten: Der paternoster liegt kostenlos in der Gemeinde aus. Arme Leute dürfen ihn gern mitnehmen und gegen eine Spende von 1€ weiterreichen. Wir danken im Namen aller Bedürftigen!

*Die Redaktion*

Hinweis:

Die namentlich gezeichneten Artikel entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.

## paternoster

Die Zeitschrift der Evangelischen Emmaus-Ölberg-Gemeinde  
19. Jahrgang Nr. 1, 2015

Herausgeber im Sinne des Presserechts ist der Gemeindegliederungsrat der Emmaus-Ölberg-Gemeinde

Redaktion:  
Jörg Machel, Kristin Huckauf,  
Dörte Rothenburg, Wibke Behrens, Agnes Gaertner

Redaktionsanschrift:  
Lausitzer Platz 8a, 10997 Berlin

Satz und Layout:  
Kristin Huckauf

Druck: Trigger.medien gmbh®  
(Umweltmanagement gemäß EG-Öko-Audit-Verordnung)  
gedruckt auf Recyrago

## Adressen und Rufnummern der Emmaus-Ölberg-Gemeinde:

Emmaus-Kirche  
Lausitzer Platz 8a, 10997 Berlin  
Tel.: 030/ 61 69 31-0, Fax -21  
gemeinde@emmaus.de

Öffnungszeiten der Küsterei:  
Mo, Do 9-13 Uhr,  
Di 9-11 Uhr, Mi 13-17 Uhr,  
Fr geschlossen

Ölberg-Kirche  
Paul-Lincke-Ufer 29, 10999 Berlin

Emmaus-Ölberg-Kita  
Lausitzer Straße 29-30,  
10999 Berlin, Tel.: 61 69 32-17

Emmaus-Kirchhof  
Hermannstr. 133, 12051 Berlin,  
Tel.: 626 24 35 (Di-Do 9-12 Uhr)

Pfarrer Jörg Machel  
Lausitzer Straße 30, 10999 Berlin,  
Tel.: 61 69 32-15  
joerg.machel@emmaus.de

Internet:  
<http://www.emmaus.de>

**Spendenkonto**  
Ev. Kirchengemeinde  
Emmaus-Ölberg  
Evangelische Bank eG  
IBAN:  
DE26 5206 0410 7403 9955 69  
BIC: GENODEF1EK1  
Verwendungszweck:  
KVA Berlin Mitte-Nord, E-Ö/  
paternoster

Mitnahme kostenlos,  
Weiterverkauf 1,- Euro

Aktuelle Termine sind nicht hier abgedruckt,  
sondern im „Emmaus-Ölberg-Kalender“,  
der monatlich erscheint.  
Sie erhalten ihn in der Gemeinde  
und über das Internet:  
<http://www.emmaus.de>

Der Begriff Zehnt, Zent, Zehent, Zehnter, der Zehnte (auch Kirchenzehnter; lat.: decenia, mittelniederdt.: teghede) bezeichnet eine etwa zehnprozentige traditionelle Steuer in Form von Geld oder Naturalien an eine religiöse (etwa Tempel, Kirche) oder eine weltliche (König, Grundherr) Institution. Eine solche Abgabe war bereits im Altertum in verschiedenen Kulturen nicht nur des Orients bekannt und war über das Mittelalter bis in die frühe Neuzeit üblich.

In der Frühzeit des Christentums verlangten verschiedene Kirchenväter von den Gläubigen einen Zehnten auf freiwilliger Basis. Erstmals gesichert in der Vita Severini als Christenpflicht erwähnt, wurde er im 8. Jahrhundert als Zwangsabgabe eingeführt.

Im Mittelalter ist der Zehnt eine auf dem Grund liegende Abgabe in Naturalien, die zunächst direkt an den Pfarrer abzuliefern war, sich aber seit etwa dem Jahr 1000 von der Pfarrorganisation weitgehend getrennt hatte. Aufgrund der geringer gewordenen Langzeit-Sesshaftigkeit der Bevölkerung wurde der Zehnt aus praktischen Gründen zu einer an das Grundstück gebundenen Abgabe verwandelt. Dadurch war auch ein Begründungs-Kern für die spätere Grundstücksteuer und Vermögenssteuer gelegt. Die Zehnt-Empfänger haben das Recht der Zehnt-Erhebung oft verpachtet, um mit festen Einnahmen rechnen zu können. Die Pächter waren Handelsleute und standen nicht unbedingt nahe zur Kirche, sodass diese immer weniger davon sah. Die Pfründe wurden von ihrer ursprünglichen Aufgabe oft sogar dann entfremdet, wenn sie von Klerikern verwaltet wurden. Zur Zeit der Reformation waren 93 Prozent der Pfründe nicht bei einer Pfarrei angesiedelt. Die daraus resultierende Zehnt-Verdrossenheit der Bevölkerung war ein Nährboden für die Bauernaufstände und die Reformation im 16. Jahrhundert.

In Deutschland hielt sich der Zehnte noch bis ins 19. Jahrhundert. In vielen Fällen war die Abschaffung des Zehnten mit einer Ablösesumme verbunden, die oft zu starker und langer Verschuldung der Bauern führte. Um das nötige Geld zur Verfügung zu stellen, wurden die Sparkassen gegründet, zum Beispiel die Nassauische Landes-Credit-Casse (als Vorgängerin der Nassauischen Sparkasse) zur Zehntablösung in Nassau.

(Quelle: Wikipedia®)



Entlang der gestrichelten Linie ausschneiden!

Für jede in unserem Welt-Café gekaufte Tasse Kaffee gibt es einen Stempel. Die 10. Tasse Kaffee ist gratis.